

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Pf., halbjährlich 2.10 Pf., jährlich 4.00 Pf. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 Pf. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich: 2.00 Pf., für das übrige Ausland: 4 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Besteht für die festgesetzte Rubrik ober oder unter 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Entscheidungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Arbeiter Berlins!

Die Herrschenden planen, Deutschland zu einer großen Kaserne zu machen!

Erhebt am Sonntag gegen die Provokation des Volkes gewaltigen Massenprotest!

## Die große Schröpfung.

II.

Sozialdemokratie und Heeresvermehrung.

Im vorigen Artikel haben wir gezeigt, daß sich auch vom bürgerlichen Standpunkte aus sehr gewichtige Gründe gegen die Militärvorlage ins Feld führen lassen, und die bereits genannten sind nicht die einzigen: auf eine ganze Reihe anderer werden wir noch zu sprechen kommen. Wenn wir im Deutschen Reich eine auch nur einigermaßen demokratische bürgerliche Partei hätten: der Kampf gegen den ulerlosen Militarismus müßte eine ihrer wichtigsten Aufgaben sein. Im ersten Artikel sagten wir bereits, daß davon seit zwanzig Jahren keine Rede mehr sei, und wenn von den großen bürgerlichen Blättern die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ mal ein ernstes Wortlein reden, so wissen wir, daß hinter diesen beiden großen Zeitungen parlamentarisch nichts und außerparlamentarisch nicht viel mehr steht. Der energische Kampf gegen den Militarismus muß also von der Sozialdemokratie allein geführt werden. Das wird auch die bevorstehende Beratung wieder beweisen, trotzdem die in den Vorlagen enthaltenen Nummungen derart sind, daß sie selbst einen fortschrittlichen Parlamentarier aus seiner „dumpfen Resignation“ erwecken könnten.

Die geplante Militärvorlage soll mit ihrem großen neuen Mannschaftsbedarf die Friedenspräsenzstärke auf mehr als 800.000 Mann bringen, d. h. eine Verdoppelung der vor 40 Jahren vorhandenen. Dazu kommt eine Ver- fänffachung der damaligen Kosten. Das ist, wenn man die Volksvermehrung in derselben Zeit: von 40 Millionen auf 67 Millionen zugrunde legt, gewiß kein über- „fortschritt“. Mehr als eine frühere Militärvorlage bedeutet die jegige eine enorme Schwächung der nationalen Produktionskraft. Wenn man bedenkt, was Jahr um Jahr an jungen kräftigen Menschen der produktiven Tätigkeit entzogen wird (denn ohne die militärische Tölpelheit würden alle diese Kräfte irgendwie für die Gesellschaft nützliche Arbeit leisten können), so muß man nachgerade einsehen, daß der Militarismus in die normale gesellschaftliche Produktion eine große Bresche legt. Die menschlichen Kräfte und die materiellen Mittel, die man dem Militarismus zuführt, werden absolut unproduktiv verwendet, und nur bei den für Kleidung und Nahrung ausgegebenen Geldern kann diese Behauptung eingeschränkt werden. Raum aber noch bei den für den Kasernenbau aufzuwendenden Mitteln, da diese Wohnungen der Soldaten sicherlich keine hundert bürgerlicher Wohnungen entbehrlieh machen. Da die Unproduktivität der für den Militarismus hinausgeworfenen Summen sogar noch auf der Reichstagstribüne bestritten werden kann (beim Marinemat tat es der Konser- vative Strahmer: es lebten doch so viele Leute davon!) ohne daß man ausgelacht wird, so sei der Widerspruch dieser Auffassung an einem Beispiel gekennzeichnet. Wenn man auf allen freien Plätzen der deutschen Städte tagaus tagein große Steinhaufen auf- und abtragen ließ und diese zwecklose Arbeit aus allgemeinen Steuern bezahlte, so würden die bei dieser Arbeit Beschäftigten auch von ihr leben können. Aber keinem noch so trottelhaften Menschen würde es einfallen, die hierfür aufgebrauchten Mittel nicht als vollkommene Vergewand anzu sehen. Genau so ist es mit dem Militarismus (von den oben gemachten winzigen Einschränkungen abgesehen), eher noch schlimmer. Während so ein Steinhaufen eine harmlose Sache ist, vernichten die für den Militarismus angeschafften Waffen, sobald sie in Tätigkeit treten, obendrein unzählige Werte.

Die modernen Kriegsrüstungen sind auch nimmermehr Friedensgarantien, sondern Kräfte, deren täglich wachsende Unerttragsfähigkeit geradezu den Krieg herbeiführen müssen; und es gibt viele Leute, die den Krieg dem allmählich ebenfalls zum Zusammenbruch führenden bewaffneten Frieden vorziehen. Für die heutige Zeit hat das bekannte Lateinwort nur noch Geltung, wenn man seinen Sinn umkehrt: si uoa vis pacem, para bellum. Wenn du nicht den Frieden willst, so bereite den Krieg vor.

Aber auch aus einem anderen Grunde sind die heutigen stehenden Heere keine Friedensgarantien mehr. Es ist einfach nicht wahr, daß sie nur für Verteidigungszwecke vorhanden sind, sie müssen immer mehr, als stärkstes Mittel imperialistischer Begehrlichkeiten, zu Angriffswaffen werden, deren Gebrauch man sich nur deshalb überlegt, weil keiner des Erfolges gewiß ist, und jeder Mißerfolg Kopf und Argen kosten kann.

Daß diese Auffassung in immer weitere Volkskreise dringt,

zeigte die jüngste Vergangenheit. Man denke nur an die bei der Marokkoaffäre und bei dem österreichisch-serbischen Konflikt vorhandenen Kriegsmöglichkeiten. In keinem der beteiligten Länder war damals etwas von dem Geist zu spüren, mit dem man Schlachten schlagen und zu gewinnen vermag. Ueberall vollendete Teilnahmslosigkeit und alles andere als Kriegsstimmung. Diese Tatsachen kamen damals in einem lichten Moment selbst der „Täglichen Rundschau“ zum Bewußtsein, und sie gab die Stimmung des deutschen Volkes recht gut wieder, als sie (dem Sinne nach) schrieb, daß die deutschen Soldaten zwar mit Gott hinausziehen, aber nicht für König und Vaterland, sondern dafür, daß die Serben nicht Durazzo und San Giovanni di Medua erzielten.

Nicht ohne Ueberlegung legen daher die Militärbehörden das ganze Schwergewicht in die Linientruppen und messen den Reserverformationen immer geringere Bedeutung bei. Diese starken Linientruppen sollen die sogenannten „deutschen Interessen“, die in 9 von 10 Fällen die Interessen großer kapitalistischer Monopole sind, verteidigen. Und weil es, nicht zuletzt dank der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit, unmöglich geworden ist, diese Interessen als allgemeine vaterländische dem deutschen Volke aufzuschwären, ist für den imperialistischen Kapitalismus das starke stehende Heer von so großer Bedeutung geworden. Nur soll man uns bei dieser klaren Sachlage verschonen mit den abgegriffenen Redensarten von patriotischen Notwendigkeiten zur Verteidigung des Vaterlandes, zum Schutz von Haus und Hof.

Die heutigen Kriegsmöglichkeiten gleichen in ihren Motiven vielfach denen der alten Handelsvölker: der Phönizier, Punier, der italienischen Stadtrepubliken usw.; in ihren Resultaten allerdings sind sie weit von jenen verschieden. Hier wie dort waren es die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen, die zum Kriege trieben. Aber während man für die Handelskriege früherer Zeiten immer noch die Tatsache in Anspruch nehmen konnte, daß sie, bis zu einem gewissen Grade, mit dem „allgemeinen Staatsinteresse“ zusammenfielen, so ist heute das absolute Gegenteil der Fall. Die heutigen Kriege, die für die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus geführt werden, sind den Lebensinteressen der Volksmassen direkt feindlich. Deren Mehrheit sieht immer mehr ein, daß der Kernpunkt fast aller Konflikte zwischen den modernen Kulturstaaten dadurch gebildet wird, daß die Kapitalisten jedes einzelnen Landes (oder einer Ländergruppe) für ihre überschüssigen Kapitalien Anlage- und Absatzgebiete suchen unter möglichstem Ausschluß der Kapitalisten anderer Länder. In welchen Formen sich die einzelnen Gegensätze auch äußern mögen: nahezu ihre Gesamtheit läßt sich auf diesen Hauptpunkt zurückführen. Und die Inanspruchnahme und Bereitstellung aller materiellen und geistigen Kräfte des betreffenden Landes im Kriegsfall nennt man dann Patriotismus.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß die Einsicht in diese Zusammenhänge des schrankenlosen kapitalistischen Konkurrenzampfes die erste Voraussetzung für seine Beseitigung ist. Immer größere Volksmassen werden durch den Kapitalismus auf die Unterseite des Daseins geworfen und der Sicherheit eines lebenswerten Lebens beraubt. Und die stetig steigende Flut dieser Volksmassen, die vor dauernder Kriegsgefahr stehen und stets wachsende Opfer bringen sollen, wird bereits auch den Urheber aller Dualen, den Kapitalismus, hinwegschwemmen. Das ist unser Trost und unsere Hoffnung auch bei allen kleinen Fortschritten von heute und bei all den kleinen Verbesserungen, die wir an den vorhandenen Einrichtungen erkämpfen müssen. Wir wissen, daß diese Hoffnung nicht trägt, und deshalb bekämpft die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie, als die einzige Partei des Reichstages mit aller Energie und prinzipiell die jegige Militärvorlage. Denn diese „vaterlandslosen“ lieben innig ihr Volk und ihr Vaterland, dessen Umgestaltung zu einem Vaterland des gesamten Volkes ihr höchstes Ziel ist.

Bei all ihrer Sehnsucht indes, dieses Ziel zu erreichen, steht die Sozialdemokratie nichtsdestoweniger mit beiden Beinen im Gegenwartsstaat, dessen Zustände sie mit allen Kräften und in tausend kleinen und großen Kämpfen zu verbessern trachtet. Auch in militärischen Dingen. Wir erinnern nur an die sozialdemokratischen Bemühungen, die Löhnung der Mannschaften aufzubessern. Wir erinnern an den systematischen Kampf gegen die schmachvollen Soldatenmishandlungen, den vor allen andern die Sozialdemokratie geführt hat. Es ist direkt ein Verdienst um das deutsche Heer, das Weibel sich erworben hat, weil er, allen Schmähungen zum Trotz, immer und immer wieder diese Niederträchtigkeiten im Parlament zur Sprache brachte.

Die Sozialdemokratie bekämpft auf das entschiedenste jede unnötige Ausgabe innerhalb der bestehenden Heeresorganisation, so besonders die großen Ausgaben vollkommen überflüssiger Offizierspensionen. Daß hier das Geld der Steuerzahler in Wirklichkeit verschleudert wird, beweist auch eine Aenderung des Kriegsministers, die dieser im April des letzten Jahres im Reichstage getan hat. Herr v. Heeringen meinte damals, daß es unbedingt notwendig sei, den starken Wechsel in der Besetzung der Offiziersstellen bei den Friedensformationen einzustellen. Ganz schön, aber dann befeigte man endlich einmal die verriähte Methode, alle die Offiziere zu pensionieren, die im Abancement von einem Wintermann überholt werden.

Auch der von der Sozialdemokratie aller Länder mit Leidenschaft geführte Kampf gegen die Kriegsheer

gehört zu ihren nützlichen Gegenwartsarbeiten in militärischen Angelegenheiten. Nirgendwo werden diese empörenden Treibereien so scharf gebrandmarkt, wie in der sozialdemokratischen Presse. Wie gewissenlos diese Kriegsheer getrieben wird, dafür ist der kürzlich in der „Kölnischen Zeitung“ ersichene Artikel über den „Störenfried“ das beste Beispiel. Der Sinn dieser Euderei konnte für jeden, der zu lesen verstand, nur sein, daß deutsche Truppen so schnell wie möglich in Frankreich einrücken müßten, um ein für allemal den Franzosen die Rolle des „Störenfrieds“ auszutreiben. Man kann gar nicht scharf genug gegen diese kriegsblüternischen Machenschaften protestieren und gar nicht laut genug betonen, daß wir mit Frankreich unter allen Umständen in Frieden leben wollen.

Mit den Auslassungen ihres großen rheinischen Organs steht die Haltung der Nationalliberalen Partei im schönsten Einklang. Die Nationalliberalen gehören zu den schlimmsten Käufern im Streite, und an ihrer Spitze zieht Herr Wassermann, als grundfähigster Ueberbevolligter militärischer Forderungen Land auf und Land ab und vergewaltigt die Logik. Gerade die Nationalliberalen sind es, die, als parlamentarische Vorkämpfer des Imperialismus verlangen, daß Deutschland bei der „Verteilung der Welt“ einen tüchtigen Brocken in die eigene Tasche stecke, je es auch auf die Gefahr eines Krieges hin. Ihre Auslandspolitik halten sie für die Auslandspolitik schlechweg und vergessen, daß ihre Haltung in den Marokkoaffären von 1909 und 1911 eher einer Politik der Kinderstube glich.

Wenn diese und alle die anderen Kriegsheer doch des seligen Abraham a Santa Clara weißes Wort beherzigen wollten: „Lauche Deine Feder zuerst in Dein Gewissen und dann in die Tinte!“ Am Schreib- tisch für das Vaterland zu sterben, ist keine allzu schwere Sache, aber wir sind überzeugt: wenn alle die, die vom sicheren Vort aus ins Kriegshorn blasen, in das Regiment eingereiht würden, das als erstes an den Feind käme, es würde ein gar großes Schweigen im deutschen Blätterwald herrschen, und mancher rebeueigige Mund würde fester verschlossen bleiben, als eine doppelt verriegelte Tür.

Wir werden im nächsten Artikel noch auf einige Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie zu sprechen kommen; hier sei noch darauf hingewiesen, daß die dauernde Vermehrung des deutschen Heeres schon um dessentwillen so gut wie nutzlos ist, weil die anderen Länder auch mit Vermehrungen folgen werden und müssen. Und so hoch auch die absoluten Zahlen steigen: die Relation wird wenig oder gar nicht geändert. Der moderne Militarismus ist in der Tat eine Schraube ohne Ende: niemals werden die Militärbehörden zufrieden sein. Das ist heute so, wie es früher war. Als im Jahre 1889 ohne Diskussion 280 Millionen Mark für militärische Ertragszwecke bewilligt worden waren, antwortete der damalige Kriegsminister auf die Frage, ob er nun glücklich und befriedigt sei: „Glücklich? — ja; befriedigt? — nein.“ Das wird im Grunde seines Herzens die Auffassung jedes Kriegsministers bei jeder Militärvorlage sein.

Die jüngsten Heeresvermehrungen und die bevorstehenden müßten eigentlich jedermann von der Unhaltbarkeit dieser Methode überzeugen. Alle paar Jahre ist eine Reorganisation erforderlich, und das als genügend Ermante der letzten Militärvorlage wird bei der nächsten stets als ungenügend gekennzeichnet. Alle paar Jahre müssen wir uns auf einen möglichen Krieg erneut vorbereiten, und alle paar Jahre müssen wir „allen Eventualitäten“ gewachsen sein. Und wenn man sich zehnmal auf „alle Eventualitäten“ vorbereitet hat, so hört man beim ersten Male erstaunt, daß es eben doch nicht „alle Eventualitäten“ waren.

Wenn das wahr ist, so ist es der beste Beweis dafür, daß die kapitalistische Entwicklung, und mit ihr die militärische, einen Grad der Verriätheit erreicht hat, der un- ertträglich geworden ist. Diese militärische Seite des Kapitalismus ist nachgerade zur volksverwüstendsten geworden, die man sich denken kann, und sie kommt, größere Zeiträume zusammengekommen, den Wirkungen eines Krieges verhängnisvoll nahe. Das, was jetzt bei uns und in Frankreich vor sich geht und in Kürze bei den wichtigsten europäischen Staaten Nachahmung finden wird, zeigt auf das deutlichste, daß der Kapitalismus die moderne Welt geradezu auf den Kopf gestellt hat, und daß es hohe Zeit ist, sie wieder auf die Füße zu stellen.

Obgleich das wirksam erst gesehen kann, wenn die kapitalistische Produktionsmethode durch die sozialistische ersetzt sein wird, so sind auch dem Gegenwartsstaat noch mancherlei Verbesserungen und Erleichterungen abzurufen. Nicht zuletzt durch den Kampf gegen den heutigen Militarismus, für den die Sozialdemokratie keinen Mann und keinen Groschen übrig hat. Daß diese Stellungnahme die Verteidigung des Vaterlandes und die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Nation sehr wohl ermöglicht, ja sie ungleich besser sichert, als die gegenwärtige Methode: darüber soll im nächsten Artikel gesprochen werden.

# Die Forderungen des Militarismus.

Die Ruhehüter.

Schutz Deutschlands gegen Osten und Westen, das soll nach der Angabe der Regierung der Zweck der neuen Wehrvorlagen sein. Aber alles, was zur Begründung der Wehrforderungen ins Feld geführt wird: die durch den Balkanrieg veränderte Mächtegruppierung im Osten Europas, Frankreichs Rüstungsanstrengungen usw. steht auf schwachen Füßen oder ist erst durch die deutschen Wehrvorlagen provoziert worden. Ein sehr wichtiger, offiziell aber mit schamigem Schweigen übergangener Grund für die riesenhafte Vermehrung der deutschen Wehrkraft ist das Bestreben, der Offizierslaste neue Wohlthaten in Form glänzender Beförderungsaussichten zuteil werden zu lassen. Der Ausbeutung der deutschen Volkswirtschaft und der Vernachlässigung der allgemeinen Volkswirtschaft steht auf der anderen Seite eine Hypertrophie der Offiziersinteressen gegenüber, wie sie bisher kein Land und keine Heeresorganisation aufzuweisen hat. Dagegen hat keine der bürgerlichen Parteien etwas einzuwenden, sind es doch die Söhne und Neffen der Kreise, die in jenen Parteien tonangebend sind, die von dieser Begünstigung des Offizierkorps profitieren. Bis weit in die Reihen des Linksliberalismus hinein ist man mit dem Offizierkorps verwandtschaftlich oder gesellschaftlich liiert; ist doch z. B. Herr Raempff doppelter Offizierschwiegervater. Und es ist ja das stille Sehnen semitischer Kommerzien- und Justizräte und schwerreicher Fabrikanten und Bankiers, daß ihr Siegfried oder Volksgang einmal die Manka oder den Atilla des Offiziers trage. Je mehr Offiziere — so hoffen sie — eingestellt werden, desto mehr Aussichten bestehen auch, daß sich unsere jungen Leute die Epauletten holen können.

Angeichts dieser Haltung des Bürgeriums aller Richtungen, ist es doppelt notwendig, dem Volk zu zeigen, wie die Wehrvorlagen darauf zugeschnitten sind, der bevorzugten Offizierslaste glänzende Beförderungsaussichten zu bieten. Das Jahr 1912 hat schon einen kräftigen Ruck in der Beförderungsmaschine gegeben, im Jahre 1913 soll der Abwärtensdruck noch verstärkt werden. Folgende Zahlen sollen das beweisen:

Die Wehrvorlage 1912 verlangte:	Die Wehrvorlage 1913 verlangte:
Generäle 25	27
Regimentskommandeure 11	33
Stabsoffiziere 282	580
Hauptleute u. Rittmeister 422	890

Also in kaum zwei Jahren neue Stellen für Generale 51, für Regimentskommandeure 44, für Stabsoffiziere 851, für Hauptleute und Rittmeister 1312.

Außerdem im Jahre 1912 582 und im Jahre 1913 1935 neue Oberleutnant- und Leutnantstellen.

Wer nur einigermaßen Kenntnis hat von der Beförderungsspraxis, muß zugeben, daß hier in geradezu verschwenderischer Weise mit den Steuergroschen gewirtschaftet wird, nur um den Herren Offizieren „Luft“ zu verschaffen. Einen solchen Luxus hat sich tatsächlich noch kein anderes Heer leisten können. Dabei ist hier weder das Offizierkorps der Marine noch die große Schar der höheren Militärbeamten und Sanitätsoffiziere mit eingerechnet.

Aber den Wehrvereinsfanatikern ist das noch nicht genug. In der Sonntagsnummer des roten „Tag“ verlangt Herr General Keim für die nächste Wehrvorlage Schaffung dreier neuer Armeekorps im Osten und Bildung von Kavalleriedivisionen auch im Frieden. Was rund 20 neue Generalpöbsten ausmachen würde.

Es ist wirklich höchste Zeit, daß das Volk diesem Treiben zugunsten einer privilegierten Kaste ein Ende macht.

## Siebenhundertdreißigtausend Mann!

Nach Annahme der neuen Wehrvorlage würde Deutschland fast 800 000 Mann unter den Fahnen haben. Der Bestand am 1. Oktober 1913 würde genau betragen 793 058 Mann, und zwar: 31 297 Offiziere, darunter 441 Generale, 735 Regimentskommandeure, 3273 Stabs-offiziere als Bataillonskommandeure usw., 8179 Hauptleute und Rittmeister, 18 609 Oberleutnants und Leutnants; 2480 Sanitätsoffiziere, darunter 125 Generalstabsärzte, Generalärzte und Generaloberärzte, 487 Oberstabsärzte, 750 Stabsärzte und 1163 Oberärzte und Assistenzärzte; 865 Veterinäre, darunter 1 Generalveterinär, 34 Korpsstabsveterinäre, 381 Oberstabs- und Stabsveterinäre, 416 Oberveterinäre und Veterinäre, 33 Unterveterinäre; 1593 Oberzahlmeister und Zahlmeister; 2 Armeemusikinspektoren, 58 Werkstättenvorsteher usw., 1126 Waffenmeister, Maschinisten; 110 Sattler; 107 794 Unteroffiziere, darunter 517 Obermusikkapellmeister und Musikmeister, 1359 Unterzahlmeister, 92 Hartschiere, 161 Schirmmeister, 62 Luftschiffobersteuerleute, Steuerleute und Untersteuerleute, Luftschiffobermaschinisten, -maschinisten und -untermaschinisten, 6550 Feldwebel und Wachtmeister, 5939 Wajefeldwebel und Wajewachtmeister, 4352 Fähnriche, 79 406 Unteroffiziere, 6040 Hoboisten, Hornisten und Trompeter, 690 Bataillonsstabsoberführer, 2656 Sanitätsunteroffiziere; 647 793 Gemeine, darunter 9536 Kapitulanten, 2791 Obergesessene, 70 057 Gefreite, 2887 Sanitätsgefessene, 558 550 Gemeine, 1472 Oekonomiehilfswerber. Die Zahl der Dienstpferde soll sich auf 157 788 stellen.

Nicht mit eingerechnet sind in der Zahl der Mannschaften rund 20 000 Einjährigfreiwillige.

## Die Sorge um die Unterbringung der verabschiedeten Unteroffiziere.

Die neuen Wehrvorlagen sind noch nicht einmal im Reichstage zur Beratung gekommen, und schon hegt man die größte Sorge um die vielen Unteroffiziere, die im Laufe der Zeit zur Verabschiedung kommen werden. Dies ist ja auch eine nicht leicht zu lösende Frage, besonders da den Unteroffizieren die größten Versprechungen gemacht werden. So klagt die „Post“ in einem Artikel, es genüge nicht, daß den Unteroffizieren ein „Recht auf Anstellung“ gewährt wird, es müssen den Versorgungsberechtigten auch so viel Zivilstellen reserviert werden, als zu ihrer Versorgung notwendig sind. Mit Prämien von 1000 bis 2000 M. werde die Frage nicht gelöst.

Das Zivilpost wird also nicht nur die vielen Unteroffiziere zu erhalten haben, sondern es wird auch schließlich noch keine Stellen freimachen müssen, wenn das der Militarismus für nötig hält.

## Die Frage aufs Exempel.

Im Posenener „Tageblatt“ appelliert ein Dr. de Roberti-Jessen an die Patrioten, die einmalige Heeresabgabe schon jetzt freiwillig zu

entrichten. Er schreibt u. a.: „Um nun diese Vermögensabgabe dem Parteigegensatz zu entziehen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes ziemlich sicher zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erforderten Beträge schon vor der Beschlußfassung des Parlaments freiwillig zur Verfügung gestellt wären. Ein solches Vorgehen würde die beste Befolgung des Beispiels unserer Vorfahren vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiserworte, daß auch das Jahr 1913 ein Opferjahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen denen eine Beteiligung ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgend welchem Grunde nicht gedacht ist. Dem Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben.“

Man darf wohl annehmen, daß alle wahren Patrioten jetzt freudig in die Tasche greifen und ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen.

## Flottendemonstration und Friedensvermittlung.

Die geplante Flottendemonstration stößt auf Schwierigkeiten, da offenbar Rußland trotz aller platonischen Zustimmungserklärungen wenig Lust hat, sich für die österreichischen Wünsche zu engagieren. Frankreich erweist seinem Bundesgenossen den Gefallen, seine Teilnahme an der Flottendemonstration zu versagen, während im Gegenzug dazu die englische Regierung bereits alle Vorbereitungen getroffen hat, um mit Österreich zusammen die montenegrinische Küste zu blockieren. Deutschland hat in jenen Gewässern keine Schiffe und nimmt deshalb an der Demonstration nicht teil. Vorläufig troht aber Montenegro allen Vorstellungen der Mächte und seine Truppen machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Skutari zu nehmen.

Dagegen hat die Friedensvermittlung der Mächte den Erfolg zu verzeichnen, daß die Türkei die Friedensvorschläge angenommen hat. In London meint man, daß auch die Antwort der Verbündeten eine grundsätzliche Zustimmung enthalten werde, wenn auch noch wichtige Vorbehalte gemacht werden. Immerhin hält man in London die Aussicht auf einen baldigen Friedensschluß für günstig.

## Montenegros Weigerung.

Cetinje, 1. April. (Antliche Meldung.) Die montenegrinische Regierung erwiderte den Vertretern der Großmächte, sie bedauere, nicht in der Lage zu sein, dem von ihnen bezüglich der wiederholt gestellten Forderung nach Entfernung der Nichtkombattanten aus Skutari geäußerten Wünsche zu entsprechen, da das Armeekommando die Uebermittlung der arifizierten Depesche an den Kommandanten von Skutari ablehne. Die Regierung erklärt sich jedoch bereit, eine offen abgefaßte, von der osmanischen Regierung gezeichnete Mitteilung, betreffend den Abzug der Nichtkombattanten, dem Oberkommandierenden der Armee zur Würdigung zu unterbreiten.

## Die österreichische Flottenaktion.

Wien, 1. April. Zur Teilnahme an der von den Mächten beschlossenen internationalen Flottendemonstration, welche die Respektierung der von den Mächten gefassten Beschlüsse erzwingen soll, sind die erforderlichen Befehle bereits erteilt worden, damit eine Flottenabteilung der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine unverzüglich in die montenegrinischen Gewässer abgehen kann.

Wie die Wiener „Allg. Ztg.“ von amtlicher Seite erfährt, sind die zur Teilnahme an der internationalen Flottendemonstration bestimmten Kriegsschiffe ausgelaufen.

## Die Mitwirkung Englands.

Malta, 1. April. Wie das Reutersche Bureau meldet, hat der britische Panzerkreuzer „Defence“, der soeben hier eingetroffen ist, Befehl erhalten, morgen mit dem Chef des Marine-Kriegsstabs Konteradmiral Troubridge an Bord mit Bestimmung nach Osten wieder in See zu gehen. Man glaubt, daß der Kreuzer zusammen mit anderen bereits im Osten befindlichen Kriegsschiffen an der gegen Montenegro geplanten Flottendemonstration teilnehmen wird.

## Frankreich bleibt fern.

Paris, 1. April. Eine Note der Agence Havas besagt: Entgegen einem im Auslande umlaufenden Gerücht glauben wir zu wissen, daß es unzutreffend ist, daß Frankreich sich entschlossen habe, an einer Flottendemonstration gegen Montenegro teilzunehmen.

## Die Friedensbedingungen.

### Die Note der Mächte.

Konstantinopel, 1. April. Die Note der Mächte enthält die folgenden Grundlagen für die Friedenspräliminarien:

1. Die Grenze des Osmanischen Reiches in Europa wird einer geraden Linie folgen, die zwischen Enos und Midia gezogen wird, alle westlich dieser Linie liegenden Gebiete werden von der Türkei an die Verbündeten abgetreten, mit Ausnahme von Albanien, dessen Abgrenzung und Verfassungssystem der Bestimmung durch die Mächte vorbehalten bleibt.
2. Die Regelung der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres wird der Entscheidung der Mächte überlassen.
3. Die Türkei spricht ihr vollständiges Desinteressement an Kreta aus.
4. Die Mächte können sich dem Verlangen einer Kriegsentwädigung nicht genügt zeigen, räumen aber den kriegführenden Staaten das Recht ein, an den Beratungen der in Paris zusammentretenden internationalen Kommission teilzunehmen, welche eine gerechte Beteiligung der verbündeten Staaten an der osmanischen Staatsschuld und an den finanziellen Lasten der Gebiete zu regeln hätte, die ihnen zufallen. Mit der Annahme dieser Grundlagen für die Friedenspräliminarien werden die Feindseligkeiten ein Ende zu finden haben.

## Annahme durch die Pforte.

Konstantinopel, 1. April. Die Antwortnote der Pforte ist heute dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgraf Pallavicini überreicht worden. Die Pforte stimmt die Vorschläge der Mächte an.

In offiziellen Kreisen erklärt man jetzt offen, daß man an einen raschen Abschluß des Friedens glaube. Auch in diplomatischen Kreisen scheint diese Ueberzeugung vorherrschend zu sein.

## Die Kämpfe bei Tschataldja.

Sofia, 1. April. (Meldung der Agence Bulgare.) Vorgestern nachmittag rückte der Feind in der Stärke von ungefähr drei Divisionen von Bujal Tschelmebsche bei Janakofris und Kumburgas entlang gegen den rechten Flügel der vor Tschataldja stehenden bulgarischen Armee vor. Der Vormarsch wurde durch das Geschützfeuer von acht feindlichen Kriegsschiffen, die vor Kumburgas und Masteros lagen, unterstügt; das Geschützfeuer der Kriegsschiffe wurde jedoch durch das wirksame Feuer unserer Artillerie rasch zum Schweigen gebracht. Sodann ging unsere Infanterie zum Gegenangriff über und zwang die Feinde im Bajonettkampf, sich in Unordnung zurückzuziehen, wobei sie eine beträchtliche Anzahl von Toten und Verwundeten am Plage ließen. Gestern früh rückte ein feindliches Bataillon gegen das Dorf Krnakof vor, wurde jedoch von bulgarischer Artillerie unter Feuer genommen und zu fluchtartigem Rückzuge gezwungen. Zur selben Zeit marschierten acht andere feindliche Bataillone mit Maschinengewehren von Kumburgas auf Jalos zu, mußten aber infolge des Gegenangriffs der bulgarischen Truppen in großer Unordnung die Flucht ergreifen, nachdem sie überaus große Verluste erlitten hatten; auch diese Vormarschbewegungen des Feindes wurden durch das Geschützfeuer von sechs Kriegsschiffen unterstügt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April 1913.

### Äußere Kolonisation in Preußen.

Das Abgeordnetenhaus beriet bei seinem Wiederzusammentreten am Dienstag in erster Lesung den Gesetzesentwurf betreffend die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation. Die Vorlage fordert neben 12 Millionen zur Urbarmachung von fiskalischen Mooren und 8 Millionen zur Ausführung von Rekolonisationen auf Domänen noch 10 Millionen zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften. Es hat lange gedauert, bis der Entwurf, den der Ministerpräsident bereits zu Beginn der Session anlässlich der Interpellationen über die Fleischsteuerung angeklagt hat, endlich das Licht der Welt erblickt hat. Ob es richtig ist, kurz bevor der Landtag aufgelöst wird, eine Vorlage von so weittragender Bedeutung mit der ganz neuen Wege beschritten werden, dem Hause zu unterbreiten, bleibe dahingestellt. Jedenfalls bedarf der Entwurf einer eingehenden Vorberatung in einer Kommission, um die ihm anhaftenden Mängel zu beseitigen und ihn so zu gestalten, daß dadurch lediglich den Interessen der Allgemeinheit gedient werde.

In der Debatte begegnete die Vorlage im großen ganzen einer sympathischen Aufnahme. Allerdings gab der konservative Redner seinen Unwillen darüber Ausdruck, daß die Regierung die Fleischsteuerung als die Ursache ihres Vorgehens bezeichnet. Die Junker wollten nur einmal von einer Fleischnot nichts wissen, sie erblickten, wie ihr Vorträger betonte, darin nur eine vorübergehende Erscheinung. Daß im übrigen die Konservativen plötzlich ihr warmes Herz für die innere Kolonisation entdecken und sich dafür einsetzen zu sein behaupteten, zeigt, wie wenig sie in ihren eigenen Reihen Bescheid wissen, denn der jahrzehntelange Widerstand der Agrarkonservativen gegen die innere Kolonisation ist bekannt.

Auch Zentrum, Nationalliberale, Freikonserervative und Fortschrittler begrüßten die Vorlage trotz mancher Bedenken im einzelnen. So regte z. B. der Abg. Glagel (nat.) eine Reform des Fideikommissrechts an und Abg. Hoff (Sp.), dem der Entwurf nicht weit genug geht, wünschte die Verlegung des Großgrundbesitzes in Bauerngemeinden.

Belämpft wurde die Vorlage von dem polnischen Abg. Saff-Jaworski, der auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Verwirklichung Ausdruck gab, daß die innere Kolonisation nur den deutschen, nicht aber auch den polnischen Staatsbürgern zugute kommen werde.

Dem Standpunkt unserer Genossen verließ Leinert in einer stündigen Rede Ausdruck, worin er sich mit den Maßnahmen zur Urbarmachung von Mooren und mit den Rekolonisationsarbeiten einverstanden erklärte, sich aber gegen die Beteiligung des Staates an Veredelungsgesellschaften wandte und vor allem bestimmte Garantien für die Art der Verwendung der Gelder verlangte.

Der Entwurf wurde schließlich der verstärkten Agrarkommission überwiesen.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Kultusbudgets.

### Ein Steuerwisch Octavios.

Dem Freiherrn v. Jedlitz ist das Kunststück gelungen, dem Thema der Steuerentlastung eine heitere Seite abzugewinnen. Macht er doch den wahrhaft genialen Vorschlag, auch die Vermögen der Gewerkschaften zum Wehrbeitrag heranzuziehen, denn diese Arbeiterorganisationen hätten doch zweifellos ein besonders starkes Interesse an der Erhaltung des Friedens. Nun, gerade weil dies Interesse in der Tat vorliegt, haben die Gewerkschaften um so weniger Interesse an dem Wahnsinn des Wehrbeitrages, der den Frieden gefährdet. Aber war es nicht gerade das Leiborgan des braven Octavio, die „Post“, die im vorigen Jahre zum Kampfbereitschaft einen vernünftigen Sinn habe! Aber auch davon ganz abgesehen ist die Idee des freikonservativen Führers hochkomisch. Haben die Gewerkschaften doch gar kein Vermögen im steuerrechtlichen Sinne, sondern stellt das Vermögen, auf den Kopf der Gewerkschaftsmitglieder berechnet, nur eine höchst bescheidene Ersparnis dar, einen Verschönerungsbetrag, der bitter notwendig ist, um wenigstens der brutalsten Ausbeutung des Unternehmertums widerstehen zu können. Und diesen Spar- und Kampffonds der Kermis will Herr v. Jedlitz geplündert wissen, während er von der Erhöhung des prozentualen Wehrbeitrages für die Millionenäre kein Wort sagt!

### Rausgeschmissen mit dem Kronenorden.

Vor einigen Monaten meldete der offizielle Telegraph, daß der Kaiser bei der Tagung des Landwirtschaftsrates von seinem Vächter eines Kabiners Vorwerks erzählt habe, daß er ihn habe „rausgeschmissen“ müssen, weil er nichts verstanden habe. Und am 1. April meldet derselbe Telegraph, daß dieser „rausgeschmissene“ Vächter den Kronenorden IV. Klasse gekriegt habe! Trotzdem handelt sich's nicht

um einen Aprilscherz. Denn da der Bächter Soth nicht der Erste, sondern ein hervorragendes Mitglied des Bundes der Landwirte war und seine Standes- und Vöndlergenossen sich seiner sehr energiegelassen Annahmen, hat sich Wilhelm II. genötigt gesehen, den Bächter Fehler wieder gut zu machen. Die Auflösung des Bächterverbandes ist „auf Grund einer unter Zugziehung der Landwirtschaftskammer für Westpreußen zustande gekommenen beide Parteien befriedigenden Vereinbarung“ erfolgt. Zugleich wurde Herr Soth der Kronenorden vierter Güte verliehen. Herr v. Oldenburg-Januschau soll sich, wie die „Kreuz-Ztg.“ hervorhebt, als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Westpreußen um die Reparierung des Schadens besonders verdient gemacht haben. Er hat sich damit eigentlich auch einen Orden verdient, aber natürlich keinen Chausseewärter-Orden, wie er ihn für seinen Schutzbefohlenen erteilt hat!

### Der Reichstag

nimmt Mittwoch, den 2. April, seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht folgender fortschrittlicher Initiativantrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Errichtung und Erweiterung von Familienfideikommissen an Grund und Boden verboten und die Auflösung bestehender Familienfideikommissen befördert wird.“

### Summ cuique.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer, die im wesentlichen die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt, erhält im Jahre 1913 an Staatsbeihilfe die Summe von 715 063 M., an Beihilfen der Provinz und Kreise gehen ihr 94 470 M. zu. Der ostpreussische Grundbesitz selber trägt zu den Kosten der Landwirtschaftskammer nur die verhältnismäßig geringe Summe von 188 500 M. bei, denn es wird nur ein Prozentsatz von 0,85 Proz. des Grundsteuer-Reinertrags erhoben. Natürlich hat aber der Großgrundbesitz den weitaus größten Nutzen von den Maßnahmen der Landwirtschaftskammer. Für Förderung der Grob Viehzucht gibt zum Beispiel die Landwirtschaftskammer die Summe von 424 120 M. aus; darunter befinden sich 392 967 M. Staatsbeihilfen. Für die Förderung der Schweinezucht dagegen werden nur 5 400 M. und für die Förderung der Ziegenzucht 3 200 M. ausgegeben.

Man sieht daraus wieder, wie wunderschön die preussische Regierung den Wahlspruch „Summ cuique“ (Jedem das Seine) auszuliegen weiß.

### Zentrumsmoral.

Dah die in München-Gladbach dreifachen Agitatoren der Zentrumsparlei allerlei Lügen und Verdrehungen, die diese armen kritischen Schächer vielleicht selbst zum Teil für Wahrheit halten, als Handwerkszeug im Wahlkampf benutzen, ist nicht verwunderlich. Dah aber eine offizielle Broschüre der Partei mit Lügen, die sofort als solche zu erkennen sind, operiert, zeugt von einer fast ungläublichen politischen Gewissenlosigkeit und zugleich von selbstlosestem Vertrauen auf die Dummheit der eigenen Wähler, denen man ungestraft das blödeste Zeug bieten zu dürfen glaubt.

Vom Sekretariat des Landesauschusses der preussischen Zentrumsparlei ist eine Broschüre für die Landtagswahl herausgegeben worden (Das Zentrum und die preussischen Landtagswahlen. Verlag der Germania, Preis 40 Pf. Greifen wir ein Beispiel heraus. Ueber die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes heißt es dort:

„Das Zentrum stimmte geschlossen dagegen. . . Mit Hilfe der 6 Sozialdemokraten, die das Hänglein an der Waage bildeten, hat die Regierung die Vorlage unter Dach und Fach bekommen, die schließlich auch im Herrenhaus mit 6 Stimmen Mehrheit durchging.“

Die Leser erfahren kein Wort davon, daß die Vorlage nur deshalb durchging, weil acht Zentrumsleute in der entscheidenden Sitzung fehlten!

Am Tage nach der Abstimmung, am 21. Mai 1911, schrieb die „Königliche Volkszeitung“:

„Eine Erregung ging durch den Saal, wie selten bei einer Vorlage, als der Präsident verkündigte, daß nur eine Stimme Mehrheit für die Freunde der Vorlage aufgebracht war. Im Zentrum verwandelte sich diese Erregung in eine hochgradige Verwirrung über die fehlenden Abgeordneten. Obgleich der Vorsitzende der Präzision an alle Abgeordneten nochmals telegraphiert hatte, fehlten doch noch acht Herren.“

Die Vorlage wurde mit zwei Stimmen Mehrheit (nicht mit einer, wie die „K. V. Z.“ sagt) angenommen. Wenn die fünf Zentrumsabgeordneten, die nicht als krank entschuldigt waren: die Abgeordneten Frey, Tourneau, Wies, Peter und Schmedding, anwesend gewesen wären, hätte sich trotz der fünf Sozialdemokraten die Mehrheit für die Vorlage in eine Minderheit verwandelt.

Den fehlenden Abgeordneten wurden damals von der Zentrumsparlei die heftigsten Vorwürfe gemacht.

In der Wahlagitation macht sich aber besser, wenn man die Schuld für die Annahme der Vorlage auf die Sozialdemokraten (die natürlich ihre Abstimmung mit guten Gründen verteidigen können) schieben kann. Deshalb lügt man ungeniert darauf los.

### Rebellion im Königsberger Freisinnslager.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

In Königsberg ist der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Lichtenstein nicht wieder als Landtagskandidat aufgestellt worden. An seiner Stelle wird Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Kanow-Berlin kandidieren. Justizrat Dr. Lichtenstein, der jahrzehnte hindurch der Führer der Königsberger Fortschrittler gewesen ist, soll aus dem Landtage verschwinden; er ist von seinen Parteifreunden in geradezu schmachtvoller Weise abgesetzt worden. Schon bei der Wahlwahl, als er an Stelle des verstorbenen Ohlting aufgestellt wurde, machte sich gegen ihn heftigste Opposition geltend. Sie wurde schließlich überwunden. In der Zwischenzeit hat man jedoch so gegen ihn gewühlt, daß er fallen mußte. Die Gruppe, die ihn nicht als Landtagsabgeordneten mag, hat Arbeiter und Angehörigen freisinniger Chefs Mitgliedschaften des Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei beschafft und dadurch in der entscheidenden Generalversammlung eine Mehrheit gegen Dr. Lichtenstein zustande gebracht. Ferner sind vom Verein liberaler Arbeiter und Bürger über 100 Mann zum Wahlverein der fortschrittlichen Volkspartei übergetreten zu dem Zweck, Dr. Lichtenstein zu stürzen. Der fortschrittliche Wahlverein, der bis vor kurzem nur 400 Mitglieder zählte, hat infolge dieser Maßnahmen einen solchen Zuwachs erhalten, daß an der Wahlvereinsversammlung, in der Dr. Lichtenstein abgesetzt und Kanow aufgestellt wurde, gegen 800 Personen teilnahmen. Trotzdem hatte Kanow nur eine Majorität von 57 Stimmen. Zwei Rechtsanwälte haben öffentlich den Vorwurf der Wahlmogelei erhoben. Sie behaupten, es wären bei der Stimmgabe sowohl als bei der Einammlung der Stimmposten vorsätzliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Es sei sicher und werde unter Beweis gestellt werden, daß erstens in mehreren Fällen einzelne Personen mehrere Stimmen

Partien mit dem Namen eines Kandidaten versehen und abgegeben hätten, zweitens, daß ein Stimmlisten einsammler mehrere Stimmkarten mit einer ausdrücklichen, hier nicht wiederzugebenden Erklärung in die Tasche gesteckt hätte.

Unter den Anhängern Dr. Lichtensteins ist die Erregung infolge dessen eine außerordentlich große. Insbesondere sind sie darüber empört, daß seine Gegner zu den unläutersten Mitteln gegriffen haben, um ihn zu stürzen. Zu denen, die gegen Dr. Lichtenstein agitierten, gehören vornehmlich der Reichstagsabgeordnete Bartschat und Stadtrat Oske. Sie haben zu Herrn Kanow gegriffen, weil sie hoffen, mit ihm bei den Reichstagswahlen bessere Wohlgechäfte zu machen; denn der Herr Landtagsabgeordnete soll auch zum Reichstage kandidieren, und als solchen Kandidaten können die „Fortschrittler“ nur jemanden gebrauchen, der sich auch in den Reihen der Nationalliberalen der größten Sympathien erfreut. Dr. Lichtenstein sieht in dem falschen Geruch, besonders radikal zu sein. Er ist seiner Fude und ein Schwager des Reichstagsabgeordneten Genossen Haase. Deshalb paßt er zahlreichen seiner eigenen Parteifreunde nicht. So lange er nicht kandidierte, sondern lediglich für die Partei agitierte, war er ihnen angenehm; jetzt muß er als Parlamentarier abgesetzt werden.

Die Epikureer beneidete aufs neue, wie sich der „Fortschritt“ immer mehr nach rechts entwickelt. Er stellt nicht Kandidaten auf, die ihm, sondern der Reaktion passen.

### Nationalliberal und Fortschrittler in Schleswig-Holstein.

Zu lebhaftem Auseinandergehen zwischen Fortschrittler und Nationalliberalen kam es dieser Tage in einer von nationalliberaler Seite einberufenen Wählerversammlung in Kiel, in der der nationalliberale Kandidat für den Kieler Landtagswahlkreis seine Kandidatenrede hielt. In der letzten Sonnabendnummer des „Vorwärts“ ist schon berichtet worden, daß der fortschrittliche Parteisekretär für Schleswig-Holstein sich in der Presse bitter über die nach seiner Ansicht hinterhältige Taktik der Nationalliberalen bei den Verhandlungen mit den Freisinnigen beklagt hat. In der nationalliberalen Wählerversammlung erhoben nun der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Strube und der fortschrittliche Parteisekretär v. Kautentanz dieselben Vorwürfe, gleichzeitig aber ließen sie alle Mittel ihrer Beredsamkeit spielen, um die nationalliberalen Versammlungsbesucher von der Echtheit der nationalliberalen-konserverativen Wahlbündnisse zu überzeugen. Sie fielen damit aber gründlich ab. Es wurde ihnen gesagt, die Nationalliberalen verhielten sich ein für allemal energisch alle guten Ratsschläge. Der nationalliberale Parteisekretär Wenten erklärte kurz und bündig, daß eine Einigung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler für die nächste Zeit unmöglich sei, einmal, weil ihre Wege sich in der Frage der Schutzpolitik scheideten und weiter, weil die Nationalliberalen die Förderung des Reichstagswahlrechtes für Preußen nicht unterschreiben könnten. Es beständen große Differenzen zwischen den Weltanschauungen beider Parteien, und deshalb sei gut, daß sie sich in Schleswig-Holstein bekämpften.

Auf eine von fortschrittlicher Seite gemachte Andeutung erwiderte der in der Versammlung anwesende Parteisekretär des Verbandes der Konserverativen Schleswig-Holsteins, er wolle es nicht ganz bestreiten, daß die Konserverativen in Schleswig-Holstein beabsichtigten, auch bei den nächsten Reichstagswahlen mit den Nationalliberalen zusammenzugehen.

Die Fortschrittler sind durch die lebenswürdige Behandlung, die die Nationalliberalen ihnen bei den Verhandlungen um ein fortschrittlich-nationalliberales Wahlbündnis haben zuteil werden lassen, also nicht kuriert worden. Umbettlung der Nationalliberalen bis zur Würdelosigkeit, aber nie unter das „laudimische Joch“ der Sozialdemokratie. Wer zweifelte noch daran, daß die Fortschrittler große politische Hecken sind?

### Gegen entsprechende Vergütung.

Das Zentrum präsentiert seine Rechnung! Dafür, daß es bei den Reichstagswahlen 200 000 Stimmen ins konserverative Lager kommandierte und in Schlesien den Herren Heydebrand, Dertel, Graf Carner u. a. ins Parlament verholten hat, müssen die Konserverativen jetzt schwer zahlen. Sie müssen in Breslau-Land-Neumarkt und in Jauer-Wollenhain je ein Mandat, das bisher in konserverativem Besitz war, an die Zentrumsparlei abtreten.

### Belgien.

#### Rundgebungen für den Generalfreist.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unter dem 31. März:

Die gestrige „erste Mobilisation“ der Arbeiter des Industriegebietes von Charleroi war nicht der „ersten Armee“ der belgischen Arbeiterschaft, wie Anrede in der Versammlung die dortigen Arbeiter nannte. Die bürgerliche Presse schätzte die Manifestanten auf 50 000. Dem Zug voran wurde eine riesige Banderole getragen mit der Aufschrift: „Soldaten, schießt nicht auf die friedlich streikenden Arbeiter!“ (Zugleich eine Erinnerung an den Prozeß der „Jugendlichen“ in Gent, wo kürzlich die Redakteure des antimilitaristischen Blattes „La Cafetiere“ freigesprochen wurden.) Während des Aufmarsches spielten die Arbeiterkapellen, die Menge sang Wahlrechts- und Arbeiterlieder. Der Zug mit den unzähligen Fahnen bot ein grandioses Bild. Das Meeting unter jedem Himmel wurde mit einer Ansprache des Provinzialabgeordneten Vastur, der die Versammlung als eine „Truppenrevue vor der Schlacht“ charakterisierte, eröffnet. Am 14. April, sagte er, wird im Namen von Charleroi dem Ruf der Fabriksglocken und Sirenen das Schweigen antworten.

Ansele, als erster Redner, erinnerte daran, daß die Arbeiterschaft alles getan hat, um den Streik zu vermeiden. Die Regierung trogte allen Friedensversuchen, sie trotz der öffentlichen Meinung. Der Streik ist ein Akt der Würde der Arbeiterschaft.

Banderbelle erinnert gleichfalls an alle die Bemühungen der Führer, die durch Mittel der Diplomatie zum Wahlrecht zu gelangen hofften, um der Arbeiterschaft Leiden zu ersparen. Aber die Arbeiter antworteten nun: Genug der Diplomatie; wir sind bereit, für unser Recht zu leiden. (Die Menge rufte: Ja, ja, und: Es lebe der Streik.) Der Redner sagt u. a.: Es gibt Leute, die einen gewalttätigen Streik wünschen, um ihn niederzuringen und das Wahlrecht und den Sozialismus einzufangen. Wir werden nicht in ihre Fallen gehen. Gegen einen gewalttätigen Streik vermag die Regierung alles, gegen einen friedlichen nichts.“

Ein Sturm des Beifalls folgte jeder der Reden. Das „erste Armeegebiet“ der belgischen Arbeiterschaft hat in keiner glänzenden „ersten Mobilisation“ gezeigt, daß es für den 14. April bereit ist.

Ein großes Meeting war weiter in Herstal in der Provinz Lüttich, wo der Deputierte Royer über den Generalfreist sprach.

Im industriellen Verdiers besaßte sich eine Konferenz mit den Maßnahmen für den Streik. Wie überall wurde auch dort vor allem Wert darauf gelegt, allen Möglichkeiten von Kollisionen und Provokationen entgegenzuwirken. Vor allem: kein Alkohol, ausgenommen in Lokalen, wo Streikende verkehren.

Im Centre hat der Verwaltungsrat der Genossenschaft „Progrès“

besucht, daß während des Streiks alle seine Volkshäuser bereits um 8 Uhr abends geschlossen werden.

Im Vorinage sind die Kohlenwerkleitungen von der dortigen Föderation der Arbeiterparlei verständigt worden, daß am 14. April der Generalfreist beginnt.

Wie es heißt, sollen verschiedene Unternehmer im Centregebiet, um Konflikte zu vermeiden, die Absicht haben, ihre Establishments vom 12. April an zu schließen. Im „Centre“ hat man übrigens Angst, daß das Gas während des Streiks ausgehen wird. . . . Bei einem Geschäftsmann wurden 500 Lampen bestellt. . . .

Die Brüsseler Organisation der Buchdrucker und Schriftsetzer (die sich in einem Referendum mit einer allerdings geringen Majorität für den Generalfreist ausgesprochen hat) hat beschlossen, daß in Rücksicht auf die verschiedenen Umstände die bei der Tagespresse angestellten Typographen ihre Arbeit nicht einstellen, aber mit einer entsprechenden, von einem Kontrollkomitee festzusetzenden Tage belastet werden.

### England.

#### Die Beratung des Flottenetats.

London, 31. März (Unterhaus.) Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Churchill aus, daß die Geschwader der ersten und zweiten Flotte dadurch weiter verhärtet werden sollten, daß ihre Schiffe während der Wintermonate ausgebessert würden, statt daß sie zu verschiedenen Zeiten des Jahres zurückgezogen würden, je nachdem es den Werften gepaßt habe. Churchill wandte sich dann der Behauptung zu, daß der Flotte zur vollen Bemannung 20 000 Mann fehlten. Der Minister erklärte: Es gibt keinen Mangel an Mannschaften in den schauvinistischen Gemütern des Auslandes wurzelt, als den, daß wir, wenn wir auch bauen können, die Schiffe niemals bemannt können oder das Volk niemals die Opfer bringen wird, die zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit notwendig sind. Dies ist eine der unsinnigsten und ertümlichsten Einbildungen, die gezeugt werden können. Die Behauptung von einem Mannschafsmangel ist vollständig unrichtig.

Churchill schilderte sodann an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials das Stärkeverhältnis der englischen und deutschen Flotte zueinander in den verschiedenen Zeitaltern und zeigte, daß ein Ueberschuß von 60 Proz. mehr als aufrechterhalten werden sei. Es habe immer die Auffassung geherrscht, daß dieser 60 Proz.-Standard der nächststarken Flottenmacht gegenüber auch eine gewisse Anzahl von Schiffen für den Auslandsdienst zu liefern habe. Die Admiralität sei vor einiger Zeit zu dem Entschluß gekommen, daß das Mindestverhältnis der in den heimischen Gewässern zu haltenden Dreadnoughts Deutschland gegenüber drei zu zwei betragen müsse, mit anderen Worten, daß ein Sechstel des Oprozentigen Ueberschusses als verfügbar für den allgemeinen Dienst des Reiches angesehen werden könne, außer dem schon bisher im Dienst gehaltenen Ueberschuß über den 60 Proz.-Standard.

Churchill gab sodann Einzelheiten über die Zahl der Schiffe, die verfügbar sein würden für den gesamten Reichsdienst auf der ganzen Erde. Die Zahl sei ganz ausreichend für 1915, aber mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeiten des Reiches im Stillen Ozean und im Mitteländischen Meer, sowie insbesondere auf die neue Entwicklung der Kräfte im Mitteländischen Meer würde dieser Kräfteüberschuß nach dem ersten Viertel des Jahres 1916 nicht mehr ausreichen, sofern nicht weitere Schritte von den Dominionen oder von Großbritannien selbst unternommen würden. Von diesem Standpunkt aus könne das tatsächliche Bedürfnis nach kanadischen Schiffen wohl getrübt werden; sie würden eine wesentliche Rolle spielen bei der Verteidigung des Reiches. Churchill pries sodann den unschätzbaren Wert des in dem kanadischen Angebot liegenden Prinzips und gab schließlich eine ziffermäßige Darstellung über die Schiffe, die für den Reichsdienst verfügbar seien, und zwar mit Einschluß der kanadischen Schiffe. Er erklärte, seine Auffstellungen hätten nur Willkür, falls nicht weitere Entwicklungen im Mittelmeer und im Stillen Ozean eintreten. Sollten aber neue Entwicklungen solcher Art stattfinden, daß sie die Programme der Admiralität berührten, oder sollte aus den kanadischen Schiffen aus irgendeinem Grunde nichts werden, so müßte die Lage von neuem geprüft werden.

### Rußland.

#### Günstlingsherrschaft in der Armee und Verwaltung.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

In der Budgetkommission der Duma kam es dieser Tage zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Abgeordneten in einer Angelegenheit, die auf die ungläublichen Zustände an den höchsten Regierungsstellen grelle Schlaglichter werfen. Der Chef der Grenzwaache im Trans-Amurgebiet, General Martynow, hatte vor einiger Zeit gegen seinen Gehilfen, General Sawitsch, wegen Mißbräuche im Dienst Strafbefehl beantragt. Der Ministerpräsident Kolozjew mischte sich aber in die Untersuchung ein, erwirkte bei dem Jaren die Einstellung des Verfahrens gegen General Sawitsch und setzte es durch, daß General Martynow verfehlt und General Sawitsch an seiner Statt zum Chef des wichtigen Grenzgebietes am Amur ernannt wurde. In der Budgetkommission deswegen interpelliert, griff der Ministerpräsident den betreffenden Abgeordneten in heftiger Weise an und lehnte jede weitere Erklärung ab. Diese Haltung Kolozjews erweckt in den politischen Kreisen um so mehr Aufsehen, als aus den Veröffentlichungen in der Angelegenheit unzweifelhaft hervorgeht, daß die von ihm durchgeführte Erledigung der Angelegenheit ein Akt der größten Willkür ist, die nur in Rußland möglich erscheint. Wie aus der Verfügung des Untersuchungsrichters hervorgeht, wurden auf das Betreiben General Sawitschs in dem betreffenden Militärbezirk völlig untaugliche Vorräte geliefert, die bei den Soldaten Mangel und Krankheitsfälle und Nachtblindheit hervorriefen. General Martynow versuchte in der Tat, gegen diese Korruption anzulämpfen, er sah sich aber vor seiner Strafbefehlung in einem offiziellen Korpsbefehl zu dem Geständnis gezwungen, es sei ihm bei weitem nicht gelungen, die „wirtschaftlichen Verhältnisse zu belämpfen, die sich in seinem Bezirk namentlich in den oberen Instanzen eingemischt hätten“. War nun seine Handlungweise berechtigt oder unberechtigt, der Ministerpräsident Kolozjew war in keinem Falle befugt, die Untersuchung willkürlich niederzuschlagen und seinen Günstling Sawitsch als Chef des Militärbezirks einzusetzen. Erklärlich erscheint dieses Vorgehen Kolozjews vielleicht nur aus seinem ständigen Mißvertrauen gegen Reformen. Er mag sich sagen, daß die Regierungskreditionen im heiligen Rußland doch zu keiner Besserung der Zustände führen und der Desseinflichkeit nur die Möglichkeit geben, die abgrundtiefe Korruption in der Verwaltung kennen zu lernen. Dies suchte aber der Ministerpräsident, der es so meisterhaft versteht die westeuropäische Desseinflichkeit zu blaffen, namentlich in diesem Falle zu vermeiden, weil die Aufdeckung der Korruption in dem an China grenzenden Gebiet, nach seinen eigenen Worten „unser Ansehen in den Augen der Ausländer hätte beeinträchtigen können“. Es läßt sich demgegenüber nur sagen, daß selbst die eingehendste Revision keinen besseren Beweis für die herrschende Korruption hätte erbringen können, als das gefestigte, eigenmächtige Vorgehen Kolozjews zur Verteidigung der bestehenden Günstlingsherrschaft in der Verwaltung.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Ein Arbeitswilliger als Revolverheld.

Die Arbeitswilligen sind sich ihrer bürgerlichen und behördlichen Wertschätzung bewußt. Das beweist wieder einmal ein Vorgang, der sich am gestrigen Abend Ecke Uferdom- und Brunnenstraße zugetragen hat. In der Waufrischerei von Nabe, Uferdomstraße 31, haben die Arbeiter im Streit. Als nun gestern nach Arbeitschluss die dort beschäftigten Arbeitswilligen den Betrieb verließen, kam es zu einem Aufruhr, wobei die Streikbrecher zeigten, daß sie wirklich keines behördlichen Schutzes bedürften, sondern sehr wohl verziehen, sich selbst wirksam zu schützen. Hierbei soll besonders ein arbeitswilliger Russe sich hervorgetan haben, der, als er seine Kollegen im Wortwechsel mit anderen Personen sah, sehr tatkräftig eingriff. Wie behauptet wird, soll er mit zwei geladenen Revolvern ausgerüstet gewesen sein, aus denen er, als die Umstehenden sie ihm abnehmen wollten, eine ganze Anzahl Schüsse abgegeben hat, durch die, wie verlautet, mehrere Personen verletzt worden sind. Nur mit großer Mühe konnte der Schießheld unschädlich gemacht werden, wobei er allerdings erhebliche Verletzungen davongetragen haben soll. Am schwersten mitgenommen wurde der Schlosser Gustav L., der an dem Streit völlig unbeteiligt ist und nur als Zuschauer sich unter der Menge befand. Er erhielt von einem Schuhmann zwei Säbelschläge, die den Hut glatt durchschlugen und schwere Schädelschläge bewirkten, so daß der Verletzte auf der Unfallstation verbunden werden mußte. Wie verlautet, soll auch der Schießheld von Säbelschlägen getroffen worden sein.

Der Vorgang hatte eine große Verletzungs- und Menschenansammlung zur Folge.

**Achtung, Bauknecht!** Mit dem 1. April ist der neue Tarifvertrag in Kraft getreten. Es haben also die Kollegen darauf zu achten, daß § 3 des neu abgeschlossenen Vertrages eingehalten wird. Dieser Paragraph lautet:

a) Der Mindestlohn beträgt vom 1. April 1913 ab bis 1. April 1914 80 Pf., vom 1. April 1914 bis 1. April 1915 81 Pf. pro Stunde.

b) Jungangelernte erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit als Mindestlohn 60 Pf. pro Stunde, im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 62½ Pf. und im dritten Jahre 65 Pf. pro Stunde. Vom Beginn des vierten Jahres nach beendeter Lehrzeit ab erhalten sie den zu dieser Zeit nach den Bestimmungen unter a) geltenden Mindestlohn.

Wenn den Bestimmungen dieses Paragraphen nicht entsprochen wird, erziehen wir um umgehende Mitteilung.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

## Die Einführung des neuen Tarifvertrages in der Treibriemenbranche

ist nicht so glatt erfolgt, wie man hätte annehmen können. In verschiedenen Betrieben versuchen die Inhaber an den getroffenen Vereinbarungen hier und da etwas abzuhacken.

In einer Versammlung der Treibriemenarbeiter, die am Montag stattfand, referierte Schulze über die neuen Verhältnisse in den Betrieben und Einführung des Tarifvertrages. Im ganzen haben den Vertrag 10 Firmen mit insgesamt 160 Personen unterschrieben. Bei fünf Fabrikanten kam es zum Streit, an dem die betreffenden Arbeiter sich geschlossen beteiligten. In einem dieser Betriebe hatten die Arbeiter schon nach einem Tage den Erfolg zu verzeichnen, daß die Differenzen zu ihrer Friedfertigung beigelegt werden konnten. In einem anderen war nur ein Mann bestreikt, so daß diese Bestreiktung als gesperrt gilt. Bei den übrigen Unternehmern geht der Streit zurzeit noch weiter. Die Firma Pregel sucht sich mit einigen Arbeitswilligen durchzusetzen, die der Inhaber in seinem Fabrikat eigenhändig zusammengeholt hat. Da Herr Pregel auch Hausbesitzer ist und über leerstehende Wohnungen verfügt, so ist für beide Teile gefordert. Daß diese tapferen Hülfsarbeiter das alte eingearbeitete Personal nicht ersetzen können, steht fest. In der Treibriemenfabrik „Union“ stellt sich der Herr zeitweise selbst an den Walzgang (allerdings nicht zu lange), die Streikbrecher dürfen Auto fahren, und unter ihnen befand sich einen Tag sogar ein richtiger — Krawaller!

Die Polizei greift auch sehr schnell ein, wodurch sich die Streikenden von der Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts nicht abhalten lassen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten versendet an die Presse eine Erklärung über den Austritt des Herrn Lüdemann aus den Diensten des Bundes, die im wesentlichen eine Wiedergabe der Erklärungen ist, welche der Vorstand auf der Ortstagung des Bundes in dieser Sache abgab. Diese neue Erklärung gestattet die Sache immer sonderbarer. Eine solche Arbeitskraft, wie sie in derselben Herrn Lüdemann bezogen wird, läßt sich eine Organisation doch nicht so ohne weiteres entziehen! Ist so unverständlich ist es, daß der letzte Bundesstag nicht den geringsten Versuch unternommen hat, Herrn Lüdemann selbst zu hören. Das ist auffällig und gibt allerlei Vermutungen Raum. Zeit steht doch, daß gerade Herr Lüdemann als der Vertreter und Repräsentant der gewerkschaftlichen Richtung im Bunde anzusprechen ist; wenn er nun genötigt wurde, seine Entlassung zu fordern, und ein anderer Gewerkschaftler des Bundes, nämlich Herr Kranz, zu gleicher Zeit vom Bundesvorstande nicht wieder als beamtetes Vorstandsmitglied vorgeschlagen, sondern als Gauobmann nach Süddeutschland versetzt wird, dann muß solche Ausübung ziemlich nachdenklich stimmen, nicht zuletzt gerade bei den gewerkschaftlich gefinnenden Bundesmitgliedern.

Der Streit bei der Firma Brämer in der Rollendorffstraße zu Nichtenberg dauert ununterbrochen fort. Das „Nichtenberger Tageblatt“ gibt unsere Darstellung der Vorgänge in der Rollendorffstraße wieder, weil sie nach seinem „Empfinden“ ungläubwürdig sei und es notwendig erscheine, sie nicht unkommentiert zu lassen. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn die Redaktion sich nicht auf ihr „Empfinden“ verlassen, sondern an Ort und Stelle eine Nachprüfung vorgenommen hätte. Von der Franzfurter Allee nach der Rollendorffstraße ist doch wirklich nicht so weit! Das „Nichtenberger Tageblatt“ hält es aber für wichtiger, ohne irgendwelche eigene Information die Streikenden die folgt anzuschuldigen:

„Daß sich die zielbewußten Genossen bei Streiks als „friedliche Arbeiter“ geben, ist nachgerade schon so oft durch geradezu rohe Ausschreitungen gegen die wahrhaft friedfertigen Arbeiter, die sich dem Streikzwang nicht willenslos unterwerfen wollen, von den Genossen selbst widerlegt worden, um noch im Ernst als der Wahrheit entsprechend angesehen zu werden. Es muß aber denn doch mit allem Nachdruck betont werden, daß es die Pflicht der für die öffentliche Ordnung verantwortlichen Behörden ist, dafür zu sorgen, daß auf der Straße jeder friedliche Bürger, der seiner Beschäftigung nachgehen will, vor rücksichtslosen Verletzungen notorischer Störenfriede sicher ist!“

Diese Pflicht der Behörde in allen Ehren. Aber sie gilt gleichmäßig gegen alle. Die Streikenden geben keine Veranlassung zu diesem Aufgebot von Polizei. Dagegen befinden sich in der Fabrik „notorische Störenfriede“ gegenüber jeder Tätigkeit der Arbeiterschaft, die auf Verbesserung ihrer Lage oder auf Abwehr von Verschlechterungen gerichtet ist. Diese „wahrhaft friedfertigen Arbeiter“ arbeiten nur mit dem Revolver in der Tasche und nur da, wo anderen Solidarität und Arbeiterehre das Arbeiten nicht gestatten. Da arbeitet unter anderem ein gewisser Kuppert von der Adresse der gelben Wagners-Platz-12. Er brach unter anderem den Streik in der Waggonfabrik in Reffelsdorf. In Burg bei Magdeburg erschloß er hinterhins einen an der Bewegung völlig unbeteiligten Familienboten. Das Gericht nahm Futalibnotwehr zu Verantw., Redakt.: Alfred Dielepp, Neufölln, Inzerentenl. verantw.:

seinen Gunsten an, sonst könnte er sehr wohl bei Brämer als Arbeitswilliger tätig sein. Wie er tragen auch andere seiner Kollegen den schußfertigen Revolver in der Tasche. Sind das „friedliche Arbeiter“, die den Schutz der Behörden verdienen oder auch nur seiner bedürftig?

Zu der Sache selbst sendet uns auch Herr Brämer eine Darstellung, in der es heißt:

„Es ist nicht richtig, daß ich den Arbeitern zumute, eine Stunde täglich länger zu arbeiten, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeiter mühten mir zu, ich sollte plötzlich die Hausdiener und ungelerten Arbeitsburschen, welche nach Feierabend zum größten Teil mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren, tagtäglich eine Stunde früher, also mit allen gelerten Arbeitern nach Hause gehen lassen, und dazu habe ich und hatte ich keine Veranlassung.“

Zur Information des Herrn Brämer über seinen eigenen Betrieb wollen wir ihm folgendes mitteilen: Herr Brämer hat 8 bis 10 Hausdiener und Arbeiter, die Auf- und Abladen, Reinemachen usw. Daß diese Leute zwecks Reinigung des Betriebes und zum Aufräumen außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit tätig sind, dagegen hat niemand etwas. Herr Brämer hat, aber außerdem noch 30 Mann als Hausdiener und Arbeiter eingestellt, die in Wirklichkeit an den Maschinen Teilarbeit verrichten. Sie müssen die gelerten Holzarbeiter ersetzen. Die Arbeiter verlangen nun, daß die Arbeit dieser Leute nicht länger dauern darf als die der Gelerten. Mit diesem Verlangen haben sie durchaus recht. Die Beschäftigung dieser Leute zu schlechteren Löhnen und bei längerer Arbeitszeit verstößt gegen den Tarif.

## Deutsches Reich.

### Die Verhandlungen im Malergewerbe.

Zwischen Vertretern beider Parteien unter Vorsitz von zwei Unparteiischen hat gestern abend eine Vorbesprechung stattgefunden. Die Parteien wurden sich einig, daß am 8. April die Verhandlungen wieder weitergeführt werden sollen.

### Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Die Zahl der im Kampfe stehenden Mitglieder des Malerverbandes ist nach dessen sechsen zusammengeleiteten Ermittlungen vom 29. März auch in der vergangenen Woche in gleicher Zahl geblieben. Während die Aussperrtanziffer (einschließlich der Streikenden und Arbeitslosen) am 15. März 15 770 betrug, sank sie bis 22. März auf 13 501, und am 29. März betrug sie noch 14 905. Und dieser Rückgang um 506 seit dem 22. März ist eingetretten, obgleich der Malerverband selbst zahlreiche Vertriebe still legte und die Führer des Unternehmerverbandes verzweifelte Anstrengungen machten, mit dem schlauesten Terrorismus auf nicht aussperrende Unternehmer einzuwirken.

Die einzelnen Gebiete sind gegenwärtig noch wie folgt beteiligt: Berlin, Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zählen 3586 Aussperrte, Hessen-Kassau und Darmstadt 1970, Nordwestdeutschland 3557, Rheinland-Westfalen 1432, Königreich und Provinz Sachsen und Thüringen 2307, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen 1002 und Bayern weist 891 Aussperrte auf.

Der Unternehmerverband erläßt jetzt eine offizielle Erklärung, in der er von 36 150 Aussperrten fabuliert. Obwohl er nun die oben aufgeführten Zahlen des Malerverbandes als aus den Fingern gezogen bezeichnet, gibt er selbst zu, daß sich in seiner Zahl von 36 150 Aussperrten 8207 Gehilfen befinden, die angeblich den bekannten Rebers unterschrieben haben. Abgesehen davon, daß die letzte Ziffer viel zu hoch gerufen ist, kann wohl kein vernünftiger Mensch die in den Betrieben ruhig weiter Arbeitenden als ausgesperrt bezeichnen, und die 11 800 Arbeitslosen bestehen natürlich auch nur in der Phantasie des Unternehmerverbandes, denn der Malerverband stellte nur rund 2000 fest, und der muß es doch wissen, weil er die Arbeitslosen mit Unterstützung, also diese sich bei ihm sämtlich melden. Danach müßten rund 6000 unorganisierte Arbeitslose vorhanden sein; das aber glaubt den Unternehmern kein Mensch. In Wahrheit sind die 11 800 Arbeitslosen des Unternehmerverbandes jene Gehilfen, die man gern mit ausgesperrt hätte, damit das hohe Ziel des Kampfes erreicht werde, nämlich: den Kampf des Malerverbandes aufzubrechen. Doch viele Unternehmer irren sich, bei dem frivolen Kampfe mitzutun.

Rechnet man die vom Unternehmerverband aufgeführten Arbeitslosen und Rebersarbeiter dazu, so bleiben 16 143 wirklich Aussperrte, also ungefähr genau so viel, wie die Gehilfenverbände auch angeben. Das Zahlenmanöver des Unternehmerverbandes ist danach einfach grober Unfug, der dazu dienen soll, die Öffentlichkeit ebenso wie die Malermeister täuschlich zu täuschen.

## Eine Niederlage der Gelben.

Bei der Erziehung zum Arbeiterauschlag der Kaiserl. Werk in Wilhelmshaven wurden sämtliche von den freien Gewerkschaften aufgestellte Vertreter mit überherrschender Majorität gewählt! Die Gelben machten wiederum große Anstrengungen, indem sie am Wahltag bei Beginn der Arbeitszeit vor den Wählern Flugblätter verteilten, worin sie zur Bestärkung ihrer Kandidaten aufforderten, doch fielen diese noch mehr ab als bei der letzten Wahl. Sie brachten es in den einzelnen Wahlkreisen nur auf einige Stimmen. — Diese Wahl hat wiederum gezeigt, daß unter der Verstarbeiterchaft Wilhelmshavens kein Boden ist für die gelbe Saat.

## Der Streik in der Binnenschifffahrt.

Einzelne Mitglieder des Unternehmerverbandes operieren in der Öffentlichkeit in sehr eigentümlicher Weise. Sie behaupten, daß eine Beilegung des Kampfes unmöglich sei, weil die Arbeiterorganisationen jede Verhandlung ablehnen. Das ist unrichtig, denn die Arbeiterorganisationen haben sich jederzeit zu Verhandlungen bereit erklärt. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die Arbeiterorganisationen von einer gesetzlichen Regelung der Nachtraher nichts wissen wollen. Es ist wiederholt von ihnen betont worden, daß, wenn die Mannschaften die Garantie erhalten, daß die Nachtraher in absehbarer Zeit eingeführt wird, dieser Differenzpunkt erledigt wäre. Diese falschen Darstellungen können also nur den Zweck haben, die Öffentlichkeit und insbesondere die Unternehmer in Handel und Industrie, die wegen Nichtbeförderung ihrer Güter unzufrieden sind, irre zu führen.

Die Firmen unterschweben die Ausständigen mit Telegrammen und Briefen, in denen sie erklären, daß alles bewilligt sei. In diesen Schreiben heißt es gewöhnlich:

„Die Zulagen haben wir bewilligt, und mit der stillständigen Nachtraher sind wir auch einverstanden, die Wünsche Ihres Verbandes sind also erfüllt.“

Da die Mannschaften sehr zerstreut auf Dörfern wohnen, ist es schwierig, diesen Hausdienern rechtzeitig zu begegnen; trotzdem stehen die Mannschaften geschlossen im Kampf. — Auf der Oder sind fast sämtliche Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet. Kommen Streikposten an die Fahrzeuge heran, so wird auf sie geschossen. Die Behörden sehen dem Treiben teilnahmslos zu. So wurde ein Streikbrecher, der geschossen hatte, trotzdem an Bord gelassen; den Revolver hatte er von der Gesellschaft erhalten!

Von den streikenden Mannschaften haben über 1000 Mann andere Beschäftigung angenommen, so daß nach Beendigung des Kampfes sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen wird.

## Eine Lohnbewegung der Vergleite im Wurmrevier.

Die Christlichen haben sich jetzt das Wurmgebiet als Operationsfeld ihrer gewerkschaftlichen Strategie auserkoren. Am 21. März hatten sie ihre Vertrauensleute des Wurmreviers zusammenberufen und ließen von diesen beschließen, eine Lohnbewegung vorzubereiten. Um die Größe dieser Tat würdigen zu können, muß man wissen, daß die Gesamtbevölkerung in diesem Revier etwa 16 000 Mann beträgt. Der alte Bergarbeiterverband hat in diesem Revier etwa 1100 Mitglieder, während die Christlichen nach ihrer Abrechnung höchstens 3000 Mitglieder zählen.

Die Konferenz der christlichen Vertrauensleute hat aber auch gleich beschlossen, diese Bewegung mit dem Verbandsverbande gemeinsam zu machen, wenn der Verband sich den von ihnen aufgestellten Bedingungen unterwirft. Diese Bedingungen gehen dahin, daß der Verband während der Bewegung die Christlichen nicht bekämpfen darf und daß er nach der Bewegung nur „anständig“ gegen die Christlichen kämpfen darf. Er darf an unorganisierte keine Streikunterstützung zahlen. Die Christlichen wollen die Vertreter des Verbandes in einem zu bildenden gemeinsamen Streikomitee bestimmen.

Zu dieser sonderbaren Einladung nahm eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes, die von 61 Delegierten besucht war, am 30. März in Kaden Stellung. Die Annahmen der Christlichen wurden von allen Rednern zurückgewiesen. Es wurde aber auch bezweifelt, daß die Christlichen überhaupt eine ernsthafte Lohnbewegung beabsichtigen. Sie würden jedenfalls wieder nur eine Komödie aufführen; eine solche könne und würde der Verband aber nicht mitmachen.

In einer längeren Resolution wurde dann der Standpunkt der Konferenz genau präzisiert. In dieser Resolution wird u. a. ausgesprochen, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes es entschieden ablehnen müssen, sich Bedingungen zu unterwerfen, die nicht in einer gemeinschaftlichen Konferenz der beiderseitigen Organisationsleitungen vereinbart worden sind. Weiter müßten die Verbandsvertreter es entschieden beurteilen, daß die Bezirksleitung des Gewerbevereins der Öffentlichkeit und damit auch den Grubenbesitzern durch die Zentrumspresse Mitteilung mache von der beabsichtigten Lohnbewegung, ohne mit der Verbandsleitung irgendwelche Rücksprache zu nehmen.

Zur Sache selbst sprach sich die Konferenz dahin aus, daß es im Interesse der Bergarbeiter im höchsten Maße zu bedauern sei, wenn die Bezirksleitung des Gewerbevereins auf die am 25. Februar 1913 vom Verbandsvertreter Schläpfer an sie gerichtete Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache wegen der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die hiesigen Bergarbeiter unbedingt ablehnend geantwortet habe. Im vorigen Frühjahr sei die Zeit zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung außerordentlich günstig gewesen, da zu dieser Zeit sowohl in England und Belgien, wie auch im Ruhrrevier und fast allen deutschen Bergrevieren die Bergarbeiter ungewissensvoll waren, ihre Lage durch einen Lohnkampf aufzubessern. Damals hätten die Wurmbergleute nicht isoliert zu kämpfen brauchen. Es wird dann weiter darauf verwiesen, daß die geringe Lohnsteigerung, die übrigens diesmal durch Ueberhörschäden erzielt wurde, nur etwa 7-8 Proz. ausmache, während die Lebensmittelpreise im hiesigen Revier um 20-25 Proz. gestiegen sind. Diese lange Arbeitszeit und die fortgesetzte Anreizerei machten auch die außerordentlich hohe Krankenziffer unter den Wurmbergleuten begreiflich. Deshalb sei es selbstverständlich, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes nicht nur eine den Lebensverhältnissen angemessene Lohnaufbesserung, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf ein die Gesundheit der Bergarbeiter weniger gefährdendes Maß für unbedingt notwendig erachteten.

Weiter sagt dann die Resolution:

Trotz des einseitigen Vorgehens der Bezirksleitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter spricht die Konferenz die Bereitschaft aus, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche von der Bezirksleitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter ernstlich beabsichtigt und nicht nur auf eine Täuschung der Kameraden berechnet ist. Das Verhalten der Gewerkschaftsleitung bei den letzten Lohnbewegungen und Kämpfen der Bergarbeiter gebietet den Verbandsvertretern jedoch, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Gewerkschaftsleitung ihren ersten Willen, die Bergarbeiterinteressen ebenfalls bis zur äußersten Konsequenz zu vertreten, zweifelslos dargetan hat.

Da die Bezirksleitung des christlichen Gewerbevereins es nicht für notwendig hält, von vornherein die Verbandsleitung zu einer Besprechung über eine einzuleitende Lohnbewegung einzuladen, vielmehr auf eigene Faust schon Bedingungen formuliert und obendrein den Aktionsplan der Öffentlichkeit unterbreitet, erachtet die Konferenz in diesem Stadium eine gegenseitige persönliche Aussprache der beiderseitigen Organisationsvertreter für überflüssig. Sie beauftragt die Verbandsleitung, die weiteren Schritte des Gewerbevereins abzuwarten.

Zu welchem Ende aber auch die einseitig eingeleitete Lohnbewegung kommen wird, das bisherige Verhalten der Verbandsleitung bürgt dafür, daß die Verbandsmitglieder zu keinem Streikbruch kommandiert werden. In dieser Hinsicht kann die Gewerkschaftsleitung vollkommen beruhigt sein. Die Verbandsvertreter glauben der Gewerkschaftsleitung nicht mehr, können nicht glauben, daß sie ernsthaft die Interessen der Bergarbeiter vertreten will. Will sie uns vom Gegenteil überzeugen, dann mag sie Taten lassen und dann werden die Verbandsmitglieder zuverlässige Bundesgenossen sein und Solidarität üben.“

Es liegt nun an den Christlichen, zu zeigen, ob sie ernsthaft eine Lohnbewegung führen wollen.

## Letzte Nachrichten.

### England drängt zum energischen Vorgehen gegen Montenegro.

London, 1. April. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau erfährt, daß die vom Ausland telegraphisch eingelaufenen Nachrichten, wonach die Ansichten der Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen hätten. Es wird erklärt, daß es die einmütige Meinung der Mächte sei, daß falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspreche, eine Flottendemonstration notwendig werde, um die Wünsche der Mächte zur Geltung zu bringen. Unter diesen Umständen können solche Meldungen nur in der Absicht verbreitet worden sein, einen schlechten Eindruck hervorzurufen. Die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Regierungen behufs Ausführung ihres Entschlusses seien in diesem Augenblick dringend angesichts des Ausbleibens einer Antwort Montenegros auf die in der letzten Woche von den Mächten unternommenen Kollektivschritte.

### Ein Protest Griechenlands gegen die Entschcheidung der Mächte.

London, 1. April. (W. T. V.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung zugehen lassen, die die Ansprüche Griechenlands in Epirus zum Gegenstand hat. Während bekanntlich einige europäische Regierungen beabsichtigten, einen großen Teil des in Frage stehenden Gebietes dem neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland in seiner Erklärung vor, die Mächte sollen eine Kommission ernennen, die in der jetzt von Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend ein Plebiszit veranstalten soll.

Lépine's Abgang.

Paris, 30. März. (Fig. Per.)

Lépine geht also wirklich. Seit einigen Wochen schon hatte er seine Demission angekündigt und sie am Tage nach Branda's Sturz obendrein mit einer Geste ausgesprochen, als ob er sagen wollte, nun dürfe die Welt zugrunde gehen. Aber die Welt ging nicht zugrunde. Auf Branda folgte Carriou, auf Carriou folgt Dennion — und im übrigen wird am Lauf der Welt und der bürgerlichen Polizeiangelegenheiten nichts geändert.

Lépine war recht lange sozusagen ein „populärer“ Polizeipräsident. Dem Pariser Spießer imponierte der kleine Mann, der mit einer zappelligen Geschäftigkeit die Vorsehung des Bürgerfriedens spielte, bei Feuersbrünsten den Feuerwehrlärm auf dem Kopf auf Leitern kletterte, auf demonstrierende Arbeiter seine „Bergheimnische“ — die Schuppleute im blauen Mantel — austreute und bei offiziellen Festlichkeiten als ordnender Genius einmarschierte. Lépine lief mit einer Kolette, die nach Bewunderung girrte, durch Demonstrantenhäufen hindurch, und wenn er mit seinem Spazierstöckchen suchend seinen Mannen den Befehl zum „Chargieren“, d. h. zur Faustschlag- und Fußtritttätigkeit erteilte, erschien wie der Gipfel kaltschnitiger Verwegenheit das, was im Grunde das Vertrauen auf die erprobte Gutmütigkeit des Pariser Volkes und — auf die in Zivilkleidung ihn umgebenden Geheimpolizisten war. Aber Lépine beanspruchte auch, als „Organisator“ anerkannt zu werden. Das System der „kleinen Palets“, in die die heimziehenden Teilnehmer von Volksversammlungen am Saalausgang und die Rabenmonstranten am Tor des Père-Lachaise gepalsten wurden, war seine Erfindung oder war wenigstens doch von ihm zum erstenmal zur allgemeinen Praxis gemacht worden. Und nicht minder imponierte den Kleinen und auch den großen Bourgeois die Hartnäckigkeit, womit der kleine Bonaparte der Polizei seine Weisheiten im Wechsel der Regierungen und herrschenden politischen Doktrinen behauptete. Nichts ein Gemäßigter, ein Modiler oder ein Organist wie Branda der inneren Verwaltung vorstehen, Lépine blieb in seinem Ressort absoluter Gebieter, so daß die Leute sagten, daß er alle die Regierenden des Tages in der Tasche — oder genauer in irgend einer Schublade seines Archivs habe. In der Tat ist die politische Ausprägung des Privatlebens aller öffentlich wirkenden Persönlichkeiten seit den Tagen Fouché's eine ehrwürdige, unantastbare Staats Einrichtung.

In den letzten Jahren ist allerdings Lépine's Prestige auch bei seinen früheren Bewunderern stark ins Wanken gekommen. Der große Strategie erwies sich bei der Beherrschung der freilich immer schwierigeren Aufgaben stehenden Pariser Verkehrsverhältnisse durchaus ungenügend, dann kam das furchtbare durch seine Wichtigtuererei verschuldete Unglück auf dem Flugfeld, dem der Kriegsminister Berthelet zum Opfer fiel, schließlich die grotesken Belagerungen von Choisy-le-Roi und Nogent mit ihrem ungeheuerlichen Aufgebot ganzer Heere mit Artillerie gegen ein paar Banditen, die man ohne Schwierigkeiten hätte aushungern können. Und auch in den Bereichen der bürgerlichen Ordnung wurden die Zweifel rege, ob die vermeintliche Konsequenz und das unnahelbare Draufgängertum Lépine's nicht der stumpfe, eindrucksunfähige Eigensinn eines nur Halbberauschten, die Amokläufer — eines Karphinkisten sei.

Die Polizeidiktatur Lépine's endet mit einem vollen Mißerfolg. Sie hat zum Schluß in der Beamtenenschaft der Polizeipräsidenten selbst einen Widerstand organisierter Kräfte hervorgerufen. Trotzdem geht Lépine mit einer großartigen Siegermiene ab. Einem Interviewer hat er unlangst erklärt, daß er sich nun zur Ruhe setzen dürfe, da sein Werk, die Vöndigung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung getan sei — im übrigen brauche man, wenn die Gesellschaft wieder einmal in Gefahr läme, nur an ihn zu appellieren. Ein Telephon habe er in seiner neuen Wohnung. Für so unerföhlich hält er sich. Daß ihm die Regierung zum Abschied ein warmes Anerkennungs schreiben mitgegeben hat, nimmt nicht wunder. Verkürzlicher war ja, daß ihn vor einigen Monaten die Akademie für moralische und

politische Wissenschaften zum Mitglied gewählt hat. Mit allgemeinen sozialen Problemen er sich nie ernstlich abgegeben. Seine Gesellschaftsphilosophie erschöpfte sich in gelegentlich wütenden Gesetzen gegen das autoritäre, glaubenlose Zeitalter, in einer reaktionären Tendenz, die selbst bei einem Würdenträger der bürgerlichen Demokratie in Erlaunen liegen konnte. Die Anpassung an die bürgerliche Welt bewährte dieser Knäppelpolizist alten Stils, für den gesetzwidrige Freiheitsberaubungen, ob an Straßführern oder an verabschiedeten Mätressen von Staats- und Gesellschaftsgrößen verübt, ein Andernspiel waren, in der unbekümmerten Akkumulation seiner amtlichen Funktionen mit den großkapitalistischen Profitinteressen eines Aufsichtsrates der Suezkanalgesellschaft und der einträglichen Verwaltung verschiedener Häuser usw.

Sein Nachfolger ist Herr Dennion, der bisher der Direktor der Sicherheitspolizei des Ministeriums des Innern war. Man sagt, daß er zu den Freunden Aristide Briand's gehöre — Lépine war eher Briand's gefährtester Protektor. Dennion wird die alte Polizeitradition forsetzen. Er hat seine Spuren in allerhand „Kampfploßaffären“ verdient, 1906 für Clemenceau die „Verstärkung“ erbracht, die die Verhaftung der Gewerkschaftsführer vor dem 1. Mai rechtfertigen sollte. Bei der Anwerbung des Lockspiegels Molliet und bei den Ereignissen von Villeneuve-Saint-Georges hat er eine leitende Rolle gespielt und neben den Sozialrevolutionären und den streikenden Arbeitern wissen auch die von Provokateuren umschwirten „Camelots du roi“ von seinem Wirken manches zu berichten. So ist die eines demokratischen Staatswesens würdige Umgestaltung der Polizeieinrichtung und ihre Umwandlung in eine soziale Verwaltungseinrichtung auch von ihm nicht zu erwarten.

Herrn Lépine's Ruhe aber könnte und eines Tages noch interessante Memoiren beschreiben. Und am Ende wird ihr Autor selbst gar ein Vorkämpfer der radikalen Republik gleich ihrem geistreichen Vorgänger Andrieux, der einst Dynamitattentate fabrizierte und jetzt im Namen der Barrilladenkämpfer von 1848 für das korruptierte Bezirkswahlrecht auf die Schanze steigt.

Aus Industrie und Handel.

Versicherungs-Beteiligungen der Hapag.

In der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie am Montag wurde ein Antrag auf Statutenänderung angenommen, der besagt: „Die Gesellschaft ist befugt, sich mit anderen Reedereien zu einer Gemeinschaft zu vereinigen, welche die Versicherung einzelner Schiffe der beteiligten Gesellschaften — sei es zum vollen Werte, sei es zu einem Teilbetrage — auf der Grundlage der Gegenseitigkeit übernimmt. In diesem Falle kann der durch Selbstversicherung nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes oder durch anderweitige Versicherungen nicht bereits gedeckter Teil des Wertes der Schiffe durch Versicherung bei dieser Gemeinschaft gedeckt werden.“ Der Antrag wurde von dem Vorsitzenden wie folgt begründet: Wir beabsichtigen in Gemeinschaft mit denjenigen uns befreundeten Gesellschaften, welche wie wir sehr hochwertige Schiffe in Fahrt haben, eine Verteilung des Risikos vorzunehmen, indem wir solche hochwertigen Objekte zum Teil durch Gegenseitigkeitsversicherung decken. Die Gesellschaften, welche dabei in Frage kommen, sind einstuweilen nur die Cunard-Linie und die International Mercantile Marine Company. Wir richten gemeinsam mit diesen beiden Linien eine private Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit ein und hoffen, unsere Versicherungslasten dadurch zu erleichtern. Der Antrag wurde angenommen.

Ueber die gegenwärtige Geschäftslage teilte der Vorsitzende mit, daß das bisher verfloffene Geschäftsjahr im Vergleich zu der gleichen Periode des Vorjahres ein sehr günstiges gewesen ist und vergleichsweise für die ersten drei Monate einen nicht unwesentlichen Mehrertrag ergibt. Was die zukünftige Gestaltung der Dinge anlangt, so sei es im Hinblick auf die noch ungeklärte politische Lage schwierig, eine Beurteilung darüber zu tun. Jedenfalls habe die Hapag bisher keinen Grund, die Verhältnisse in ihrem Betriebe im ganzen genommen weniger günstig anzusehen, als im Vorjahre.

Montag noch. Breslau, Dresden und München hatten morgens schon 12, Berlin und Bromberg hatten 11 Grad Wärme, und mittags wurden in Berlin nicht weniger als 23 Grad Wärme erreicht. Das sind 13 Grad mehr als die normale Mittagstemperatur zu Ende März. Die Ursache dieser Temperatursteigerung ist in der Annäherung verschiedener flacher Tiefminima zu suchen, die von Südwesten her durch Frankreich bis nach Westdeutschland gelangt sind. Eines dieser Minima befand sich Montag früh bereits im westlichen Deutschland und nach seinem Vorbeigang drehten hier unter ganz geringer Abkühlung die Winde nach Westen und Nordwesten, während in den östlichen Landesteilen bei Südostwinden der Himmel heiter und das Wetter noch beständig war. Kennzeichnende Niederschläge sind aber auch im Westen bis Montag nicht vorgekommen. Da der Luftdruck, wenn auch langsam, noch weiter abnimmt, so dürften nach noch etwas stärkerer Erwärmung Gewitter zur Entladung kommen, denen aber nur eine geringe Abkühlung folgen wird. Dem das Hauptminimum unter 740 Millimeter Tiefe liegt noch in weiter Ferne südwestlich von Island, und ein nordatlantisches Maximum, das uns nach der unzeitgemäßen Erwärmung einen jähen Wettersturz mit scharfen Nachfrösten bringen könnte, ist infolgedessen zurzeit nicht vorhanden. Der frühlingshafte, zeitweilig geradezu sommerliche Witterungscharakter kann daher noch eine Zeitlang fortauern, und die bereits außerordentlich weit vorgeschrittene Vegetation wird unter der Gunst der Witterung, besonders wenn warme Gewitterregen hinzukommen, gewiß rapide Fortschritte machen.

Der Statuenwald von Paris. Bei der immer wachsenden Zahl der Denkmäler und Bildsäulen, die sich in Paris erheben, tut der „Gaulois“ die nachdenkliche Frage, wie das weiter gehen soll, wenn man in demselben Maße allen bedeutenden Männern des Landes ferner Momente errichten will. 484 Denkmäler zieren die Plätze, die Strobeneden und selbst die Trottoirs von Paris, ganz abgesehen von den zahlreicheren Plaketten und Inschrifttafeln, die an den Häusern angebracht sind. Mussel steht vor dem Théâtre Français; Victor Hugo hat sogar zwei oder drei Denkmäler in Paris. Aber allmählich fühlt man sich verpflichtet, auch viel kleineren Geistern die feinerne Ehrung zu gewähren, und wendet sich dabei Leuten zu, die die Radwelt mit Recht schon vergessen hat. Der „Gaulois“ macht nun den Vorschlag, man solle ein Gesetz erlassen, daß keine Büste und keine Statue einem Manne früher gesetzt werden dürfe, als bis er 50 Jahre ist. Nach einem halben Jahrhundert hat sich die Begeisterung abgeflüht, die Geschichte hat ihr Wort gesprochen und man kann leichter feststellen, wer wirklich die Unsterblichkeit verdient. Noch besser freilich wäre es, so meint das Blatt, wenn man all den Denkmalswürdigen, die Paris mit Statuen beglücken wollen, von Staats wegen zurufen könnte wie der Schaffner auf der Straßenbahn: „Alle Plätze besetzt.“

Humor und Satire.

Der Reichstag hat das Wort. Nun ist es da, das Steuerbündel, und die Begeisterung fort. Nun hat zum größten aller Schwindel Der Reichstag auch das Wort.

Der neue Bankrott.

Nach den letzten Bankberichten hatte man geglaubt, es sei im Bankwesen einigermaßen Ruhe eingekehrt. Da kommt aus Kolumbien die Nachricht, daß das Bankhaus Ballester in die Brüche gegangen ist. Seit dem Jahre 1835 besteht die Firma, sie blüht also auf eine bald 80 Jahre lange Entwicklung zurück. Die Schuldenlast soll 1 1/2 Millionen Mark betragen. Das Alter der Firma und ihr Ruf haben sehr viele Leute angelockt, darunter Offiziere und Verwaltungsbeamte, die vertrauensvoll ihr Geld in die Kassen der Firma gaben. Natürlich sind auch viele kleine Leute, die den Großhändler nötig haben, unter den Leidtragenden. Es muß erst noch untersucht werden, ob und inwieweit sich die Geschäftsleitung an den Depots vergriffen hat. Es heißt, daß die direkte Ursache zu dem Zusammenbruch in Kreditentziehungen von Seiten der Reichsbank und der Deutschen Bank zu sehen sei. Man vermutet, daß die Kreditentziehung eine Folge spekulativer Unternehmungen sei, die sich auch auf den Grundstücksmarkt erstreckten. Wahrscheinlich wird dieser Zusammenbruch in seinen Gründen und Wirkungen sich nicht erheblich von anderen Bankzusammenbrüchen unterscheiden. Die beteiligte Großbank wird ihre eventuellen Opfer reichlich dadurch bezahlet bekommen, daß sie das Vertrauen der kolumbianer Bankgesellschaft gewinnt und wiederum wird sich auf den Trümmern eines kleinen Instituts eine Großbankmacht erheben.

Kalaoring in Guayaquil.

Die der „Gordian“ in Hamburg melbet, hat sich in dem alten großen Kalaorinde Ecuador ein Ring der Kalaopflanze gebildet. Der Sitz ist die Hauptausfuhrstadt Guayaquil. Die vereinigten Pflanzler haben durch die in Deutschland befindlichen Konsulate ein Rundschreiben verteilen lassen, wodurch sie versichern, daß sie durch die Spekulation gezwungen worden sind, sich zusammenzuschließen, weil sie seit Jahren durch spekulative Maßnahmen so niedrige Preise für ihren Kalaos bekommen hätten, daß sie in ihrer Existenz bedroht wären.

Ecuador ist bis zum Jahre 1910 das größte Kalaoland der Erde gewesen; die Güte des hier erzeugten Kalaos übertrifft den Kalaos vieler anderer Länder. Seit 1910 aber überholt die Goldküste in Afrika Ecuador in der Menge.

Die alten Kalaoländer in Amerika haben in Afrika einen sehr starken Konkurrenten in den letzten Jahren bekommen. Es kamen folgende Mengen Kalaos aus Amerika und Afrika:

Table with 3 columns: Year, aus Amerika, aus Afrika. Data for 1900, 1905, 1910, 1912.

Hiernach ist der Ertrag in Amerika seit 1900 um 53 000 Tonnen oder 65 Proz. gestiegen. Dagegen ist der Ertrag in Afrika in derselben Zeit um 69 000 Tonnen oder 850 Proz. gestiegen. Man rechnet damit, daß Afrika in weiteren 5 bis 6 Jahren der größte Kalaolieferant der Welt sein wird. Die deutschen Kolonien Kamerun und Togo haben in 1912 nur rund 3 800 Tonnen geliefert.

Vom Morganschen Stahltruss.

Zur gleichen Zeit, in der Morgans in Rom erfolgter Tod bekannt ward, bringt auch die Kunde über den Abbruch des letzten Jahres aus einer der Morganschen Schöpfung, des Stahltrusses, nach Europa. Danach hat der Truss im Jahre 1912 die Produktionsziffern aller Jahre übertraffen. Es stieg gegen 1911 die Produktion an Eisenerz von 19,9 Millionen auf 26,4 Millionen Tonnen, an Roheisen von 12,1 auf 16,7 Millionen Tonnen, an Stahl- und Walzfabrikaten von 22,2 auf 29,4 Millionen Tonnen. Die Roheisenerträge erhöhten sich nach den Angaben des Trusses von 615 auf 745 Millionen Dollar. Als Nebenprodukt werden 108 Millionen Dollar gegen 104 im Vorjahre ausgewiesen. Die Gesellschaft beschäftigt durchschnittlich 221 000 Arbeiter gegen 196 000 im Vorjahre.

Versicherungsmilliarden. In der Begründung des Entwurfes zu einem Gesetz wegen Änderung des Reichsfeuerpolizeigesetzes werden bemerkenswerte Schätzungen der Versicherungswerte für das Jahr 1913 aufgestellt. Es wird angenommen, daß sich der Gesamtbetrag der gegen Feuergefahr versicherten inländischen Werte Ende 1913 auf rund 280 Milliarden Mark beläuft. Für die Einbruchdiebstahl- und Glasversicherung wird Ende 1913 ein Wertbetrag von

Wagt er auch diesmal nicht zu mucken? Wird er, weil er's gewöhnt, Auch diese Tollheit runterschanden, Die seiner Rechte höhnt?

Das wird im Ballot-Virkus geben Ein groß Spektakulum? Wo wird die Niesenfantel heben? So fragt das Publikum.

Härtwahr, das ist 'ne bide Nummer, Die selbst die Champignons scheut! Doch wer wird Cloton — das ist mein Nummer — Wer du m mer Aug u st sein?

Michel.

Notizen.

Das Kartell der Freien Volksbühnen. Am 31. März vereinigten sich unter Vorsitz Bruno Wille's die Verwaltungsvorstände der Freien Freien und der Freien Volksbühne zur konstituierenden Sitzung des von ihnen begründeten Volksbühnenkartells. Das Kartell soll als geschlossene Einheit arbeiten. An den Vorstellungen in allen gedachten Theatern sowie in dem eigenen Theater der Freien Freien Volksbühne sollen die beiden Vereine im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl teilnehmen. Im übrigen soll jedem der beiden Vereine volle Betätigungsfreiheit nach seinen bisherigen Grundfäden gewahrt bleiben. Der Vertrag läuft zunächst auf drei Jahre und ist in der Absicht geschlossen, ein immer engeres Zusammenarbeiten der Vereine herbeizuführen. Das Kartell, zu dessen Vorstandsmitgliedern die Herren Voale, Krause, Rest, Rob. Schmidt, Springer und Winkler gewählt wurden, umfost einen Mitgliederbestand von gegenwärtig 70 000 Personen. Durch eine großzügige Propagandabewegung wird beabsichtigt, noch weitere Kreise für den großen Kulturgedanken der Volksbühnenbewegung zu gewinnen.

Die Igl. Bühnen als Pflegstätten deutscher Kunst. Der unsägliche Tiefstand unserer Igl. Bühnen konnte durch nichts empörender gekennzeichnet werden als durch das böllige Stillschweigen, mit der sie die Gedankenscheiter Otto Ludwig's und Friedrich Hebbels begingen. Am Renvertoire des Igl. Schauspielhauses machen sich seit ihrer die blödesten Leutnantenkomödien breit, und jetzt sucht man mit Straußens „Ariadne“ Geschäfte zu machen. Ob am 100. Geburtstag Richard Wagners eine würdige Feier in Berlin und besonders in der Igl. Oper erfolgen wird, scheint danach sehr fraglich. Immerhin hat sich schon ein Komitee dafür gebildet. An den „vornehmsten deutschen Bühnen“ (den Igl.) scheinen nur Jubiläen von Hohenzollernfürsten zugelassen zu sein.

Parissal-Aufführung in Zürich. Die erste Aufführung von Wagners „Parissal“ im Züricher Stadttheater — und damit die erste öffentliche Aufführung des Werkes in Europa außerhalb Bayreuths überhaupt — ist auf Sonntag, den 13. April angelegt worden, weitere Aufführungen sind zunächst für den 20. und 27. April in Aussicht genommen.

Kleines feuilleton.

Völkerschicksal. Wie monumental groß muß der Stolz sein, der sich dieses monumentale Denkmal errichtet hat! Einer Weltentat würdige Erinnerung könnte es sein. Im Dergen Europas liegt es, gewaltig blümt sich's gegen den Himmel in seiner Wucht und Herrlichkeit, kein Kreuz stempelt es zur Grabesstätte, und die Niesenglocke der Huppel wäre prächtig genug, ewigen Weltfrieden über die Erdkugel zu läuten.

Aber seine Tafel kennt nicht das Wort Friede. Nicht einmal von der einzig möglichen Großtat Europas, der Einigung seiner Völker, kann das Denkmal linden! Das Niesenwahrzeichen trägt die trodene Aufschrift: 18. Oktober 1813. Ein einziger Mensch wurde an diesem Tage überwunden, ein einziger, freilich kapitaler Kopf im Blute von Millionen ertränkt!

Und in Niesenlettern steht noch der Satz: Gott mit uns! Mit wem? Mit uns Menschen! Nein, mit uns — um Leipzig herum! Gott mit u n gegen die anderen!

Saget nicht, es sei die würdige Erinnerung einer großen Befreiung! Ertlichen Dynastien wurde der Absolutismus gerettet. Wo aber ist das Denkmal für 1848? Kleine Grabsteine und vertrocknete Kränze flüstern leise davon in Wintertagen.

Saget nicht, es sei der Tempel unserer Erlösungserwartung! Jesus von Nazareth, der, wie Ihr saget, die ganze Welt erlöst hat, besitzt kein so hehres Denkmal und er rief: „Friede mit Euch!“ durch die Welt. Das gewaltigste Denkmal seines Christentums trägt nicht seinen Namen, sondern heißt Peterskirche in Rom.

Wo ist die christliche Demut all der christlichen Könige? Nur ihren Sieg posant das Denkmal! Warum errichten sie sich herrlichere Siegeswahrzeichen als Jesus von Nazareth, ihrem Gott, dem sie ihre Majestät zu danken glauben?

Das Volk gab Millionen für das Denkmal und wir wollen sie nicht vergeden nennen: denn ein gewaltiges Werk unserer Zeit ist daraus geworden. Und das Volk gab wieder Millionen für Luftfahrzeuge, und wir wollen sie ein fruchtbares Opfer heißen: ein Opfer an das Tempo der Kultur. Aber das Volk soll wieder Millionen geben für stanzende Waffen, die die Einigung Europas unmöglich machen? Es soll an sein Herzblut greifen wie 1813, da es Freiheit erhoffte und nicht bekam? Wo sind die Würghochstufen für Freiheit hegte noch — für den Frieden und ein ruhiges Völkereben?

Das Denkmal bei Leipzig ist ein ragendes Wahrzeichen einer Vergangenheit, die für uns keine Gegenwart mehr hat und ist ein Schmachmal unserer Unfähigkeit, den Weltfrieden, die Einigkeit der europäischen Völker zu erzwingen.

Sommerwärme. Nachdem schon der größte Teil des Monats März ungewöhnlich mild verlaufen war, hat die Temperatur während der letzten Tage eine ganz abnorme, böllig sommerliche Höhe erreicht. Schon Sonnabend wurden in der ganzen westlichen Hälfte Deutschlands 15 Grad Wärme überschritten; Sonntag stieg das Quecksilber an vielen Orten in West- und Mitteldeutschland über 20 Grad empor, und diese abnormen Temperaturverhältnisse steigerten sich

15 Milliarden Mark, für die Transport- und Seeverversicherung ein solcher von 12 Milliarden Mark angenommen. Die Lebensversicherung soll nach der Schätzung im Jahre 1918 rund 770 Millionen Mark Tarifprämienentnahmen haben, die Unfall- und Haftpflichtversicherung eine solche von 118 Millionen Mark, die übrigen Versicherungen eine solche von 5,4 Millionen Mark.

**Dividenden von Farbenfabriken.** Ebenso wie die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation erhöhen auch die mit ihr durch Interessengemeinschaft verbundenen (E-Werlber) Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen ihre Dividenden von 25 auf 28 Proz. Auch die Badischen Anilin- und Soda-fabriken in Ludwigshafen verteilen an ihre Aktionäre 28 statt 25 Proz.

**Der Reichskriegsschatz.** In der gestrigen Notiz findet sich ein fälschlicherweise Druckfehler. Es muß im letzten Absatz heißen: „Aber es kommt noch hinzu, daß die durch Ausgabe der Reichslaufscheine entzogenen Metallvorräte zum größeren Teil wieder der Reichsbank entnommen werden. Die neuen Scheine werden Reichsbanknoten ersetzen und damit auch den Geldvorrat der Bank, der zur Deckung der Noten vorgeschrieben ist, verringern. Nur zum kleinen Teil wird die Kriegsgoldreserve der Goldzirkulation im Warenverkehr entstammen.“

## Deutscher Kongress für alkoholfreie Jugendziehung.

Zu unserem Bericht erhalten wir folgende Zuschrift des Genossen Kagenstein:

Zu Ihrem im ganzen dankenswerten Bericht über den Kongress für alkoholfreie Jugendziehung bitte ich Sie, nachfolgende Berichtigungen aufzunehmen:

1. Ich habe nicht das Verbot nur des Branntweinverkaufs, sondern der Abgabe alkoholhaltiger Getränke und Genussmittel jeder Art an Jugendliche gefordert — dies in Uebereinstimmung mit der Resolution von Essen und dem Beschlusse des Magdeburger Parteitag.

2. Ich konnte nicht sagen, „für das Proletariat schwinde mit seinem Aufstieg die Alkoholfrage. Als ein Ausschnitt der großen sozialen Frage werde sie mit dieser leicht gelöst,“ wie in dem Bericht gesagt ist. Die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinentenbundes beruht gerade auf der Erkenntnis, daß der Alkoholismus nicht allein aus sozialen Umständen, sondern auch aus falscher Erkenntnis und eingewurzelten Trunksitten zu verstehen ist. Daher ist, wie die Verhältnisse in höheren Schichten beweisen, neben der sozialen Hebung der Arbeiterklasse eine besondere Bekämpfung der Alkoholvorurteile und -neigungen notwendig und, wie z. B. die Erfahrungen in Skandinavien und mit unserem Branntweinboykott (dort, wo er wirklich ernsthaft zur Anwendung gelangt ist) beweisen, auch in ziemlich weitem Maße erfolgreich.

3. Nebenbei: Ich habe nicht dem Präsidium, sondern als einer der Schriftführer dem Bureau des Kongresses angehört.

Mit bestem Gruß  
Kagenstein.

## Soziales.

**Die Zentralkrank- und Begräbniskasse der Frauen und Mädchen in Deutschland** (E. H. S. Offenbach) hielt vom 21. bis 28. März in Braunschweig ihre 9. Generalversammlung ab, zu der 34 Frauen und 12 Herren (Vorstands- und Ausschussmitglieder sowie Beiräte) erschienen waren. Nach dem Bericht des Vorstandes gab die Kasse am Schlusse des Jahres 1912 rund 10 000 Mitglieder in 77 Verwaltungsteilen, die sich über ganz Deutschland verteilten. In Groß-Berlin sind etwa 2000 Kassenmitglieder vorhanden. Im Jahre 1912 sind im Hause verpflegt 4332 Mitglieder an 97 489 Tagen sowie 279 Wöchnerinnen, 8844 Mitglieder waren arbeitsfähig krank. Ge storben sind 183 Mitglieder. An Beiträgen sind 1912 Einnahmen 240 821 M. Dagegen sind verausgabt (in runden Summen) für Krankengeld 112 000 M., für Arznei 38 000 M., für ärztliche Behandlung 45 000 M., für Auskosten in Anstalten 15 000 M., für Begräbnisgelder 8400 M. und für Wöchnerinnenunterstützung 2500 M. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 272 000 M. Dem Reservefonds konnten in den letzten drei Jahren über 27 000 M. zugeführt werden. Er beträgt rund 224 000 M. Daneben sind 11 000 M. Kassenbestand vorhanden. In der Berichtszeit hat die Kasse ihren Vorsitzenden Rudolf Schulte-Offenbach verloren, der 28 Jahre lang die Kasse leitete. Auch der zweite Vorsitzende Joh. Crd. Offenbach ist gestorben. Die Geschäfte des Vorstandes werden durch die Herren Donges (Vorsitzender) und Hauser (Hauptkassierer), beide in Offenbach, geleitet. Die Braunschweiger Generalversammlung hatte neben den regelmäßigen Berichten und Neuwahlen die besonders wichtige Aufgabe, die Kasse den neuen Gesetzen im Krankenversicherungswesen anzupassen. Nach langen Erörterungen beschloß die Kasse die Umwandlung in eine Zuschußklasse ohne Arzt und Krankenkasse mit 19 gegen 15 Stimmen. Die Umwandlung in eine Zuschußklasse oder eine Zuschußklasse mit Arzt und Arznei, die besonders die Berliner Delegierten wünschten, wurde abgelehnt. Der Rinderpest wurde immerhin insoweit Rechnung getragen, als für Arzt, Arznei und Heilbäder den erwerbsfähigen Kranken eine geringe Entschädigung bis zu 10 M. jährlich gewährt werden soll, die jedoch den tatsächlichen Aufwands nicht übersteigen darf. Mit Rücksicht auf die Reduzierung der Beiträge wurden die Beiträge um je 5 Pf. die Woche erhöht. Sie sollen fortan betragen 35, 45 und 55 Pf. wöchentlich. Das Krankengeld, das bisher 3,30, 5, 6 und 7 M. in den einzelnen Klassen betrug, ist auf 6,80, 8,70 und 10,80 M. erhöht und wird regelmäßig auf die Dauer von 26 Wochen gezahlt nach einer Wartzeit von 6 Wochen. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft sollen jedoch nur 13 Wochen Krankengeld gezahlt werden. Die Beerdigungsgelder sind von 40, 60, 85 und 70 M. auf 45, 60 und 75 M. erhöht. Die neuen Satzungen sollen mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag, den der Aufsichtsrat von Braunschweig nach Frankfurt a. M. zu verlegen, wurde mit 15 gegen 16 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis der langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Gustav Kiehling wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung soll 1916 in Ravensburg stattfinden.

### Nachregelungsfontone in der Landwirtschaft.

Wie die Junter die Landarbeiter dauernd in wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Anarchität erhalten wollen, haben wir erst kürzlich wieder an einem pommerischen Landarbeiterkontrakt gezeigt. Aber mit diesen Mitteln begnügt sich der Terrorismus pommerischer Agrarier nicht, die Kreistage unterstehen ja ihrem Einfluß und mit deren Hilfe können die Landflaven noch mehr ge- knecht werden. So liegt den pommerischen Kreistagen jetzt ein Antrag auf Erleichterung landwirtschaftlicher Arbeitsnachweise vor, mit dem sich als erster der Kösliner Kreistag vorige Woche beschäftigte. Man umhüllte allerdings die reaktionäre Absicht mit einem harmlosen Gewand. Der Antrag besagte:

„Um die Schäden des gewerbmäßigen Stellenvermittlerwesens besser bekämpfen und um überhaupt die Verhältnisse auf dem ländlichen Arbeitsmarkt in günstiger Weise beeinflussen zu können, beabsichtigt die Landwirtschaftskammer im Verein mit der Handels- und Handwerkskammer in der Provinz Pommern eine Anzahl gemeinnütziger kommunaler Arbeitsnachweise einzurichten. Die Bedeutung, die einer derartigen Arbeitsnachweisorganisation auch für die Bekämpfung der Landflucht zukommt, ist noch neuerdings auf der 1. Konferenz der preussischen Landwirtschaftskammern in Anwesenheit der Vertreter des Herrn Landwirtschaftsministers unter einmütiger Zustimmung aller Beteiligten ausdrücklich betont worden. Außer der allgemeinen Vermittlung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter soll eine

solche Organisation im Rahmen der landwirtschaftlichen Vermittlung nicht nur Arbeiter neu zu vermitteln haben, sondern sie soll vielmehr ihr Augenmerk auch auf das Festhalten der ländlichen Arbeiterschaft und ihres Nachwuchses auf dem Lande richten.“

Daß man diese letzteren Ziele nicht mit legalen Mitteln erreichen kann und will, wird in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Antrag offenkundig zum Ausdruck gebracht. Es wird darin gesagt, daß die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise nach Lösung eines Vertrages an der Verfolgung etwaiger Kontraktbrüche mitwirken und bei ordnungsmäßiger Vertragslösung den Arbeiter bewegen sollen, eine andere Landarbeiterstelle anzunehmen. Außerdem sollen diese Arbeitsnachweise der Landflucht entgegenwirken u. a. durch Beeinflussung der Presse, Ueberwachung der gewerbmäßigen Stellenvermittler und durch Ueberwachung der sozialistischen Agitation unter den Landarbeitern. Schließlich sollen zur Durchführung dieses sauberen Plänkchens die Arbeitgeber durch öftere Arbeitgeberversammlungen interessiert werden, während die Arbeiter — natürlich „in so feggen“ haben. Einer Hauptnachweisstelle sollen Nebenstellen in den Städten der angeschlossenen Kreise errichtet werden, die Kreisverwaltungen kommen für die Kosten des Unternehmens auf und die Kreistage haben allein über die Tätigkeit der Arbeitsnachweise zu entscheiden.

Ein sauberes Plänkchen von geradezu genialer Junterfreudigkeit! Während die industriellen Scharmacher ihre Nachregelungsfontone weitestens auf eigene Kosten einrichten, verfügen die pommerischen Junter frech und dreist über die Steuergroschen der Allgemeinheit, von denen sie die wenigsten zugesteuert haben. Denn auch in Pommern entfällt der Löwenanteil der Kreissteuern auf die Bewohner der Kreisstädte und mit deren Geld soll nun eine Einrichtung geschaffen werden, die ihnen schadet, die Landarbeiter knecht und nur dem Junter nützt. Denn wenn die Arbeitsvermittlungsstellen auch den Nachwuchs des Landarbeiters auf dem Lande festhalten sollen, so müssen sie zu verhindern trachten, daß sein Sohn in der Kreisstadt ein Handwerk lernt, die Tochter dort dient. So muß der Handwerksmeister der Kreisstadt sein Geld geben, daß ihm durch den agrarischen Arbeitsnachweis die benötigten Beibringe genommen werden! Und bei der bekannten Brutalität der pommerischen Junter kann als sicher angenommen werden, daß ihre Handlanger in den Arbeitsvermittlungsstellen die Landarbeiter mit der Hungerpeitsche zwingen, ihre Söhne und Töchter der gutsherrlichen Ausbeutung zu überliefern. Auf dem Umweg über die moderne Institution des Arbeitsnachweises wird die mittelalterliche Hörigkeit der Landarbeiterfamilien neu rehabilitiert!

Daß bei solcher Gewalttätigkeit die pommerischen Junter zugleich die sozialistische Aufklärungsarbeit unter ihren Sklaven fürchten müssen und sich vor dieser scheuen wollen, kann man ihnen nachfühlen. Daß aber die staatlichen Verwaltungsbehörden diesem Treiben Vorschub leisten und den junterlichen Terrorismus durch die Gewährung öffentlicher Mittel ermöglichen, ist selbst im junterlichen Preußen ein Skandal. Formell möchte man sich freilich salven, denn als im Kösliner Kreistag ein liberaler Abgeordneter die Ueberwachung der sozialistischen Agitation unter den Landarbeitern als nicht zur Aufgabe eines Arbeitsnachweises gehörig bezeichnete und dagegen protestierte, daß auf Umwegen ein Ausnahmengesetz geschaffen und öffentliche Mittel dafür ausgegeben werden, zog der Landrat zwar diesen Passus zurück, erklärte aber gleich darauf einem Agrarier, dem dieser Rückzug nicht behagte: „Wenn das auch nicht direkt in der Vorlage steht, gehandhabt wird es eben so!“

Es ist gut, daß nach kurz vor den Landtagswahlen offenkundig wird, wie im junterlichen Preußen öffentliche Mittel unter staatlicher Sanction aufgewendet werden, um das in der Reichsverfassung garantierte Recht der Freizügigkeit und politischen Selbstbestimmung den Landarbeitern zu rauben! Es erinnert dies die Landtagswähler daran, daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, eine möglichst große Breishe in die preussische Junterfeste zu schlagen!

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Mutterschutz der Reichsversicherungsgesetzgebung.

Kein Zweifel, daß die dürftigen Verbesserungen der neuen Reichsversicherungsgesetzgebung auf dem Gebiete des Mutterschutzes nicht viel mehr wert sind als das berühmte Messer ohne Feste und Klinge. Acht Wochen lang, wovon 2 Wochen vor der Entbindung liegen können, soll die Mutter nach dem neuen Gesetz pausieren. Die obligatorische Wöchnerinnenunterstützung sieht aber nur für 6 Wochen die Zahlung von Krankengeld vor. Mit Recht empfindet die große Masse der Wöchnerinnen und Schwangeren die Härte, die darin liegt, daß man sie für 8 Wochen zum Feiern zwingt; ihnen in dieser Zeit gewaltig gesteigerter Ausgaben aber nicht den vollen Tagelohn als Unterstützung zubilligt, sondern nur das übliche Krankengeld, und auch dieses nicht einmal für die ganze Dauer der Arbeitsunterbrechung, sondern man muß ihnen zu 2 Wochen lang von der Luft zu leben. In den letzten Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wimmelt es denn auch von festgestellten Uebertretungen des Gesetzes, und zwar nicht so sehr Uebertretungen der Unternehmer, als vielmehr der Arbeiterinnen. Wiederholt heißt es: Die Wöchnerinnen würden die achtwöchige Pause freudig begrüßen, wenn ihnen die Wochenhilfe ebenso lange gewährt würde. So aber versuchen sie es auf alle Weise, die Arbeit schon nach sechs Wochen wieder aufzunehmen. Vor allem wird von der Möglichkeit, die Arbeit schon einige Zeit vor der Entbindung aufzusetzen, fast gar kein Gebrauch gemacht.

Im allgemeinen — so heißt es in dem badischen Bericht — bleiben die Schwangeren selbst wenn ihnen vom Arbeitgeber nahegelegt wird, zu Hause zu bleiben, bis zum äußersten Termin, ja bis zum letzten Tage, bei der Arbeit, da sie eben gerade um diese Zeit Verdienst am nötigsten haben. Eine Spinnerinnenarbeiterin blieb bis drei Stunden vor der Niederkunft an ihrer Strickmaschine. Ihr Kind starb einige Wochen nach der Geburt. Nach Annahme des Arztes war es nicht lebensfähig, weil sich die Frau bis zur letzten Stunde der anstrengenden Arbeit in der Fabrik und zu Hause und den Strapazen des weiten Weges unterzog, den sie besonders in der Mittagspause in der größten Eile zurücklegen mußte. — Ähnliches berichtet der Aufsichtsbeamte für Chemnitz, der noch bemerkt: Zuwiderhandlungen der Arbeiterinnen gegen die Schutzvorschriften liegen sich schwer feststellen, da namentlich die Unberührten oft nicht auf ihre alte Arbeitsstätte zurückkehren.

So sieht der Mutterschutz der Reichsversicherungsgesetzgebung in der Praxis aus. Willarde auf Willarde opfert das Deutsche Reich dem unerfährlichen Koloch des Militarismus für Zwecke der Menschenernichtung. Die Mittel aber, die das Reich für die Erhaltung von Leben durch Bekämpfung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit aufwendet, sind so unzulänglich, daß arme Frauen gezwungen sind, aus bitterer Not die zu ihrem Weiten erlassenen gesetzlichen Schutzbestimmungen listig zu umgehen. So wird das Dichtermotiv wahr: „Barmherzig wird Unfug, Wohlthat Plage.“

Das neue Heim des Bundes für Mutterschutz, für hilfsbedürftige werdende Mütter, eventuell auch Mütter mit ihrem Kinde, befindet

sich jetzt in Wilmsdorf, Sigmaringerstraße 25 I. Oben- dort ist auch die Zentralauskunftsstelle, in der von der Oberin täglich von 9—1 und Dienstag und Freitag auch von 7 bis 9 Uhr abends Rat und Auskunft über Unterkunft, Rechtschutz, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeitsnachweise usw.) erteilt wird. Außerdem wird an folgenden Stellen Auskunft gegeben: SO., Mariannenstraße 2, Dr. med. Heinz Stabel (Sprechst. 2—4), N. 88, Schönhauser Allee 164, Frau Lesheim (Sprechst. 2—8), Regensburger Str. 12, Frau Köller (Sprechst. 10—11<sup>1/2</sup>), W. 85, Lützowstr. 75, Frau Hornig (Sprechst. 4—5). Rat und Auskunft unentgeltlich.

## Gerichts-Zeitung.

### Spielerprozeß Stallmann.

#### 5. Verhandlungstag.

Auch gestern gelangten eine Reihe von Fällen zur Verhandlung, die das leidenschaftliche Leben derer, die da haben, ohne gearbeitet zu haben, illustrieren.

Ein Zeuge fand hat folgendes Spielabenteuer gehabt: Im Jahre 1908 lernte er in Lugano einen Herrn Paul kennen, der sich als Minenbesitzer aus Südafrika vorstellte. Der Zeuge war zum ersten Male außerhalb Deutschlands, und es war ihm ganz angenehm, Anschluß zu finden. Auf der Straße sah Paul plötzlich einen Mann stehen, den er kannte, begrüßte und als Herrn v. Cramer vorstellte. Nach zehntägigem Zusammensein mochte man einen Ausflug nach Como. Auf dem Schiff stellte sich ein anderer hinzu, der als ein Regierungsrat aus Köln vorgestellt wurde. Dann kam wieder die alte Geschichte: in Como wurde ein Spielchen gemacht; man spielte „Häufeln“, und in ganz kurzer Zeit wurde der Zeuge, der in der Meinung sich an dem Spiel beteiligte hatte, daß er einige hundert Lire verlieren könnte, um 8000 Frank erleichtert, die er an den angeblichen Regierungsrat aus Köln verloren hatte. Er akzeptierte einen Wechsel, der später teils von einer holländischen Bank und dann später von der Einziehungszentrale Handrecher geltend gemacht wurde. Der Zeuge war während des Spiels einmal ängstlich geworden, der fremde Herr beruhigte ihn aber, indem er sagte: wir spielen ja doch, bis einer quitt ist. Bei dem ganzen Spiel ist dem Zeugen keinerlei Verdacht aufgefallen.

Der nächste Zeuge, ein Hauptmann a. D. jetziger Rittgutsbesitzer Freiherr v. Fürstberg aus Westfalen, hat sich auf Grund seiner Erlebnisse mit Cramer dem Kriminalkommissar von Mantuffel zur Verfügung gestellt, als die jetzige Anklagesache in Fluß kam. Nach seiner Rückkehr aus Südafrika weilte er 1908 in Rom und logierte im Hotel Sphaler, in welchem auch ein Herr v. Cramer wohnte. Als er eines Tages an den Portier die Frage richtete, wie man am besten zum Rennen komme, da ertönte von der oberen Treppe die Stimme des Herrn Cramer, der herunter rief: Ach, ich habe einen Wagen zum Rennen, da könnten Sie ja mitfahren. Herr v. Fürstberg dankte aber. Als er nach acht Tagen im Begriff war, den Zug nach Florenz zu besteigen, wor auch Cramer im Begriff, mit demselben Zuge nach Florenz zu fahren. Er bot den Zeugen um Entschuldigung, daß er ihm vor acht Tagen ohne Verzeihung seinen Wagen angeboten habe. Beide Herren nahmen in demselben Abteil Platz. Als sich der Zug gerade in Bewegung setzte, kam im letzten Augenblick noch ein Herr in das Abteil gestürzt, warf sein Gepäck in das Netz, und als er hörte, daß die beiden anderen Deutsche waren, stellte er sich als „Kunsthändler Waringer“ vor. Baron von Fürstberg stellte sich gleichfalls vor, ebenso Cramer, der durchaus nicht so tat, als ob der „Kunsthändler Waringer“ ein alter Bekannter von ihm war. In Florenz stieg man in demselben Hotel ab; die beiden Herren waren sehr liebenswürdig gegen den Baron; man ging abends gemeinsam in ein hübsches Lokal, wo Waringer „ganz zufällig“ auf Paul triff, von dem er dem Baron erzählte, daß er ein alter Afrikaner, ein Minenbesitzer sei, der Herrn von Fürstberg als solcher interessieren würde. Paul wohnte in einem größeren Hotel mit internationalem Verkehr. Auf Aufforderung Pauls gingen die Herren am nächsten Tage in dessen Hotel, man trank dort eine Flasche Sekt, und bei dieser Gelegenheit ging Paul plötzlich an seinen Ueberrod, holte ein Spiel Karten aus der Tasche dieses Rods und erbot sich, den Herren einmal ein in Afrika bestechendes Spiel, das „Häufeln“, zu zeigen. Aus dem Spiel mit Streichhölzern wurde dann ein Spiel mit immer höher steigenden Einsätzen. Nach anderthalbstündigem Spiel hand Herr v. F. zu seinem Erstaunen auf 16 000 Lire Verlust. Waringer erklärte sich bereit, die Sache zu arrangieren und stellte zunächst einen Scheck aus. Am nächsten Morgen kam Waringer an den Kaffeetisch des Herrn v. F. und sagte: Wir leben und sterben, unterschreiben Sie doch dies Akzept über 13 000 M.“ Dies geschah. Als dann Zeuge v. F. in Wiesbaden weilte, erzählte er anderen Offizieren sein Spielchen, und diese Kameraden waren der Ansicht, daß er Leuten in die Hände gefallen sei, die ihn betrogen hätten. Der eine erzählte von einem ähnlichen Abenteuer, das er in Neapel gehabt, der andere von einem Abenteuer in Palermo, ein dritter von einer Spielaffäre, bei welcher ein Minenbesitzer eine Rolle gespielt habe. Nun befestigte sich in Herrn v. F. mehr und mehr die Ueberzeugung, daß er es mit Häufelnspielern zu tun gehabt habe. Er erinnerte sich auch, daß ihm nach dem Genuß einer ihm offerierten Zigarre und nach dem genossenen Weine ganz sonderbar zumute geworden sei; er sei am nächsten Tage außerordentlich schlapp, müde und laput gewesen. Unter diesen Umständen habe er den Wechsel nicht bezahlt. Während des Spiels selbst ist dem Zeugen nichts aufgefallen; er hat es als vollständig fair betrachtet. — Angekl. Cramer wehrt sich gegen den Verdacht, daß beabsichtigt gewesen sei, Herrn v. Fürstberg einzuführen. „Wogu in die Ferne schweifen?“ Wenn man Herrn v. F. hätte rupfen wollen, so wäre doch in Rom sehr bequeme Gelegenheit gewesen; dazu hätte man sich nicht erst auf die Reise begeben dürfen.

Auch der nächste Zeuge, ein Offizier aus einem thüringischen Regiment, war als 23jähriger junger Leutnant im Juni 1910 nach Brüssel zur Weltausstellung gefahren. Dort hatte er einen Mann kennen gelernt, der sich als Agab, Sohn eines Kunsthändlers in Frankfurt a. M. vorstellte. Diesen hat er später in Ostende wieder gesehen. Zufällig kam Cramer hinzu, der sich als „von Silber“ vorstellte. Bei einem Ausflug nach Montenberghe kam es nach einem Essen, bei welchem französischer Weißwein getrunken wurde, zum Spiel, das für den Zeugen mit einem Verlust von 9000 M. endete. Der Zeuge erklärt, daß er bei diesem Spielaffäre ziemlich betrunken gewesen sei. Nachdem seien ihm allerlei Bedenken gekommen. Er habe sich sofort ins Bett legen müssen und Erbrechen gehabt, mußte sich Tee bestellen, den er auch nicht bei sich behalten konnte. Auf Grund seines immer härter werdenden Verdachts habe er sich an einen ihm bekannten Kriminalkommissar gewandt; dieser hat ihn zu Herrn von Mantuffel geführt, und diesem hat der Zeuge die ganze Sache vorgezählt. — Cramer hält dem Zeugen vor, daß er an jenem Tage noch kränker war, als er es darstellt, und zwar infolge des von ihm genannten Seebades und darauffolgendes Frühstücks und Sektgenusses. — Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer: Es ist dies eine typische Krankheit, die „Ostendaise“, die einem nach den ersten Wädern in Ostende befallt.

Ein Fall, der den aus Osterreich kommenden Gutsherrn Max Seurl betrifft, ist zur Charakterisierung des Angeklagten Cramer herangezogen worden. Es ist dies eine desolate Geschichte, die darin gipfelt, daß Herr Seurl mit einem „Verhältnis“ des Cramer, einer noch recht jugendlichen Anna Rosl, im Sommer 1907 sehr intime Beziehungen angeknüpft hat, daß er in den Glauben getrieben worden sei, die Rosl sei die in London angeheiratete Frau des Cramer und daß Cramer daraufhin Erpressungsversuche gegen Seurl unternommen habe. Letzterer hat größere Summen hergegeben, um die Rosl für die Zukunft sicherzustellen. Diese ganze Sache ist und bleibt wenig geklärt. Daß Cramer ihn durch irgendwelche Drohung zur Zahlung einer Summe gezwungen habe, vermag der Zeuge nicht zu behaupten.

Die Aussage des auf Antrag der Verteidigung vorgeladenen ehemaligen französischen Offiziers und jetzigen Kaufmanns Gaston de Pommerault aus Paris betrifft den Fall v. Tippe. Stallmann

hat in diesem Fall einen Wechsel über 80 000 M., den Herr v. Dippe bei Abschluß eines Spieles im „Fürstentum“ an Buies zur Begleichung seiner Spielschuld gegeben hat, in seinem Besitz gehabt und will nun feststellen, daß es sich dabei nicht um eine Sacheigung gehandelt, er vielmehr den Wechsel in Gegenwart des Zeugen von Buies gekauft gegen Spielschulden verbrochen hat. Der Zeuge Baron de Commerbault bezeugt: Er sei seit seiner Jugend mit Hrl. Remoine, die von Herrn v. König geheiratet wurde, bekannt; diese verkehrte in seiner Familie. Er habe Herrn v. König häufiger in Rizza gesehen, man sah ihn jedoch nur selten im Spielraum. In Paris habe er öfter im Klub mit v. König gespielt, er habe geringe Beträge verloren, aber einmal selbst von ihm 35 000 Frs. gewonnen, die am nächsten Tage bar bezahlt worden seien in französischen Banknoten. Im Juli 1910 sei er zugegen gewesen, als Stallmann (v. König) einem anderen Herrn einen Wechsel von 80 000 M. diktiert und die Kassa in Scheck und Gold ausgezahlt habe. Der ihm unbekannt Herr hatte ziemlich erhebliche Verluste gehabt, Zeuge hat gesehen, daß der Herr an Stallmann einen Wechsel über 80 000 M. gab und letzterer einen hohen Betrag dafür auszahlte. Der Zeuge erinnert sich noch, daß er dem Stallmann gesagt habe: es sei doch ein bißchen unvorsichtig von ihm, so im Handumdrehen eine solche Wechselsumme auszugeben. Ob Stallmann bei dieser Gelegenheit auch gesagt habe, er habe ja nur 50 000 M. gezahlt und es handle sich um eine Berechnung eines Spieles, ist dem Zeugen nicht bekannt. — Rechtsanwält Dr. Meuer: Kann der Zeuge vielleicht sagen, wie der Mann, der doch wohl Buies gewesen sein muß, aussah? — Der Zeuge kann sich, wie er nach längerem Besinnen bekundet, nur noch erinnern, daß er viel „mit den Händen sprach“ und recht aufgeregter war. — Staatsanwalt: Das tun doch recht viele! (Weiterkeit.) Darauf wird Buies aus dem Gefängnis in den Saal geführt. Der Zeuge de Commerbault mußte den Zeugen Buies und erklärt, ihn nicht wieder zu erkennen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weismann: Der ganze Habitus des Herrn Buies ist doch ein solcher, daß man ihn nicht so leicht vergißt. Und wenn der Herr Zeuge sich so genau der Kleinigkeiten über den Wechsel usw. besinnt, so fällt es doch auf, daß er sich auf eine so markante Persönlichkeit nicht besinnt. — Zeuge: Ich kann doch als Zeuge nur sagen was ich weiß, aber nicht, was ich nicht weiß. Ich habe den Betreffenden doch nur in einem großen Saal und bei anderer Beleuchtung gesehen. — Zeuge Buies: Um was handelt es sich hier überhaupt? Ich muß das wissen! Ich will das wissen! — Vorsitzender: Seien Sie still! — Stallmann: Herr Buies steht, wie ich feststelle, jetzt wesentlich anders aus, als früher. Damals war er viel corpulenter! — Buies (sehr lebhaft): Hab' ich doch 23 kilos verloren, seitdem ich schmachte im Gefängnis, ungesund! — Vorsitzender (unterbrechend): Sie warten, bis wir zu Ihrer Vernehmung kommen werden! — Buies: Bon! — Nachdem Buies die Frage des Staatsanwalts, ob er denn den Zeugen de Commerbault kenne, bejaht hat, wird er wieder abgeführt.

Der vom Staatsanwalt vorgeladene Flugtechniker Franz Schneider von der Luftverkehrs-Gesellschaft Johannisthal kennt den Angeklagten Niemela von Paris her. Der Zeuge war damals bei der Rieuport-Gesellschaft tätig. Bei den Flugversuchen im Lager von Chalons erschien Niemela häufig im eigenen Automobil mit goldbetriebenem Chauffeur und es kam im Anschluß an das Mittagsessen öfter zu einem Jeu (Spiel). Die Leute waren sich nicht klar, was man aus Niemela machen solle und ob er nicht etwa ein höherer Beamter sei, der von Deutschland geschickt worden. Der Zeuge weiß, daß ein amerikanischer und ein italienischer Offizier, die die Fliegerschule besuchten, sich geweiigert hätten, mit ihm weiter zu verkehren. — Niemela: Das Automobil gehörte einem mir befreundeten griechischen Herrn. In Chalons zur Wärme wird jeden Nachmittag gespielt, weil man erst gegen 6 oder 7 Uhr zu fliegen pflegt und man sich bis dahin die Zeit vertreiben will. Ich habe damals auf meinem Flugplatz auch nur einen Pfennig gewonnen.

Es werden dann einige Zeugen zu den Behauptungen Stallmanns über seine Vermögenslage vernommen. Der Kaufmann Hertker aus Rossbach bei Dresden hat in Afrika Minen besessen. Bei verschiedenen finanziellen Transaktionen und bei der Schaffung einer Aktiengesellschaft habe sich auch Stallmann als Interessent und Aktionär beteiligt und dem Zeugen sind einige Tausend Pfund Stallmannsches Kapital durch die Hände gegangen. — Stallmann erklärt hierzu, er habe an den Minen 350 000 M. verdient, denn er habe seine Aktien zu guter Zeit unter den günstigsten Bedingungen verkauft. — Die Zeugin Frau Müller, deren verstorbener Mann — ein Stiefbruder Stallmanns — Hotelbesitzer in Breslau gewesen ist, bezeugt, daß Stallmann seinem Stiefbruder im Jahre 1906 zinslos 80 000 M. geliehen habe; das Geld ist nicht zurückgegeben worden, denn nach dem Tode des Ehemannes brach der Konkurs aus. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

### Unter der Gefährdung.

Das Untertanenverhältnis der gutgehenden Bauern zu der Gutsherrschaft, wie es im alten preussischen Ständestaat bestand, ist wieder aufgelebt in den verschiedensten Gestaltungsformen. Nur sind heute nicht mehr die Bauern dem Gutsherrn, sondern die Diensthofen den Bauern und Gutsherrn untertänig. Dieses Untertänigkeitsverhältnis, das die Gefährdung festlegt — auch die schleswig-holsteinische —, verleitet viele sogenannte Herrschaften zu den größten Ausschreitungen gegen ihre Diensthofen. Ein besonders drastischer Fall dieser Art wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht des Städtchens Burg auf der Ostseeinsel Fehmarn verhandelt.

Vor Gericht stand die Ehefrau Raach aus dem Dorfe Riendorf auf Fehmarn, angeklagt des Delikts der Körperverletzung und der Beamtenebstehung. Sie hatte ihr 15-jähriges schwächliches Dienstmädchen in der brutalsten Weise mißhandelt und dann den Versuch gemacht, den Gendarm zu bestechen, damit er von einer Anzeige absehe. Die Ursache der Mißhandlung scheint die Tatsache gewesen zu sein, daß der Kollerieibehrer darüber geklagt hatte, daß die Milch, die dem Hofe der Angeklagten gekommen sei, verdirbt war. Die Angeklagte und ihr Mann suchten die Verwässerung der Milch auf das Mädchen abzuwickeln, das bestritt aber entschieden die ihm vorgeworfene Tat. Es ist auch wirklich nicht einzusehen, was das Mädchen dazu bemoggen haben sollte, die Milch zu verfälschen.

Die Zeugenaussagen ergaben über die Mißhandlung folgendes: Am 18. Januar wurde das Mädchen morgens 4 Uhr geweckt, weil eine Kuh krank war. Das Mädchen konnte sich dann bald wieder, aber mit dem Zeuge auf dem Beibe, niederlegen. Um 5 Uhr kam die Angeklagte dann leise in die Kammer, folgte das Mädchen von hinten, zog es aus dem Bett und schleppte es dann durch die Kammer, die Küche und noch zirka 30 Meter auf den Hof hinaus. Bei dieser Prozedur schleifte das Gesicht des Mädchens auf dem Erdboden. Das Mädchen hat bei dieser grausamen Behandlung die Bekleidung verloren. Der Arzt, der fünf Stunden nach dem Vorfall das mißhandelte Mädchen untersuchte, hat festgestellt, daß das rechte Auge blutunterlaufen war, die Bindehaut war entzündet, an der Nase war eine zirka 1 1/2 Zentimeter breite Wunde, die Oberlippe war blutig, auch das Zahnfleisch; am Halse befanden sich zwei 2 Zentimeter voneinander entfernte Ringe. Der Vormund des Mädchens sagte aus, es habe früher gut hören können, aber nach der Mißhandlung könne es fast gar nicht mehr hören. Ein früherer Lehrer des Mädchens, bei dem es vier Jahre in die Schule gegangen ist, bezeugte, daß er nie gemerkt habe, daß das Mädchen schwer höre. Der medizinische Sachverständige erklärte, das Mädchen leide an beiden Ohren an Mittelohrentzündung. Das Ohrenleid rühre nicht von der Mißhandlung her, es sei aber wahrscheinlich, daß es dadurch schlimmer geworden sei. Der Gendarmereisendmeister bezeugte, daß der Vormund des Mädchens ihm den Vorfall gemeldet habe mit dem Bemerkten, er möge keine Anzeige erstatten. Er habe sich aber verpflichtet gefühlt, die Sache anzuzeigen. Als er Frau Raach

von der Abficht, Anzeige zu erstatten, Mitteilung gemacht, habe sie gesagt, er möge das nicht tun, es käme auf einen Blauen nicht an. Die Angeklagte müßte die Verhörung der Mißhandlungen zugeben, wollte ihre Handlungsweise aber damit entschuldigen, daß das Mädchen so schwer aussähen könne. Sie habe das Mädchen deshalb schon mehrmals mit kaltem Wasser begossen. Die 100 M., die sie dem Gendarmen angeboten habe, seien nicht für diesen, sondern für das Mädchen bestimmt gewesen. Dr. Reinecke — das ist der Arzt, der das Mädchen untersucht hat — habe zu ihr gesagt, sie solle sehen, daß sie die Sache aus der Welt schafft.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Mißhandlung zu 12 Monaten und wegen Beamtenebstehung zu 2 Monaten, insgesamt zu 13 Monaten Gefängnis und erkannte auf sofortige Verhaftung.

### Schadenstraf eines in einer Fabrik arbeitenden Maurers.

Nach § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes haftet der Unternehmer eines Fabrikbetriebes, wenn ein Vollmachtigter oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch entstandenen Schaden. Ist der Verletzte eine nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz versicherungspflichtige Person, so kann er den Betriebsunternehmer nach § 135 dieses Gesetzes nur dann auf Schadenstraf in Anspruch nehmen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Wenn in einer Fabrik ein nicht zum Fabrikpersonal gehöriger, in Ausübung seines Gewerbes aber dort tätiger Arbeiter verletzt worden ist, so fragt es sich, ob der Fabrikbesitzer als Betriebsunternehmer im Sinne des § 135 anzusehen ist. In dem nachstehend mitgeteilten Rechtsfalle ist das vom Reichsgericht verneint worden:

Der Arbeiter B. hatte am 14. Juni 1911 im Auftrage seiner Arbeitgeberin, der Firma S. u. Sohn, Baugelände in Banskow, eine Maurerarbeit in den Fabrikräumen der Firma S. u. R. in Spandau auszuführen. Er stand in einem Raume auf einer Leiter, um ein Loch in die Wand zu stemmen. In einer Entfernung von fünf Metern befand sich ein Autoklav, ein Kessel, in dem Seifenseife in heißem Wasser aufgelöst wurde. Aus dem Mannloch des Autoklavs strömten plötzlich explosionsartig heiße Dämpfe, durch die B. Verbrühungen im Gesicht erlitt; er sprang, um weiteren Verbrühungen zu entgehen, von der Leiter herab, verstauchte sich aber dabei beide Beine so unglücklich, daß er noch seiner Behauptung dauernd erwerbsunfähig ist. Für den ihm entstandenen Schaden nimmt B. die Firma S. u. R. in Anspruch; er verlangt auch ein Schmerzensgeld von 3000 M.

Vom Landgericht III zu Berlin ist die Klage abgewiesen worden. Dagegen hat das Kammergericht den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus: Der Kläger hat den Unfall bei Ausübung seines Gewerbes erlitten, als Maurer der Firma S. u. Sohn, also bei Ausübung einer Tätigkeit, die zu dem versicherungspflichtigen Betrieb dieser Firma gehört. Die Beklagte ist deshalb nicht als Betriebsunternehmerin im Sinne des § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, sondern als Dritte anzusehen. Daß sich der Unfall im Fabrikgebäude der Beklagten ereignete, vermag daran nichts zu ändern. — Nach dem Gutachten des Sachverständigen und den Zeugenaussagen ist erwiesen, daß der Unfall auf einem Verschulden des Betriebsleiters und seines Angestellten, sowie des zur Beaufsichtigung der Arbeiter bestellten Vorarbeiters beruht. Bei einem ordnungsmäßigen Betriebe des Autoklavs muß das Mannloch geschlossen sein, wenn Dampf zur Erhitzung der Flüssigkeit eingelassen wird. Die Beklagte macht ja auch selbst geltend, daß nach ihrer Betriebsanweisung nur bei geschlossenem Mannloch die Flüssigkeit erhitzt werden darf. Diese Anweisung ist aber häufig nicht befolgt worden. Seitens der Betriebsleitung wurde offenbar auf Befolgung der Anweisung wenig Wert gelegt. Der Schadenanspruch des Klägers ist deshalb nach § 2 des Haftpflichtgesetzes begründet. Auch der Anspruch auf Schmerzensgeld ist nach den §§ 823, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches gerechtfertigt. Die Beklagte trifft ein Verschulden, weil sie ihre allgemeine Aufsichtspflicht verletzt und es unterlassen hat, sich von der Tüchtigkeit ihrer Angestellten auch noch deren Anstellung zu überzeugen.

Das Reichsgericht hat am 29. v. M. die Revision der Beklagten zurückgewiesen. Zur Begründung wurde kurz bemerkt: Die Beklagte ist mit Recht nicht als Betriebsunternehmerin angesehen worden. Der Kläger stand zur Beklagten in keinem Abhängigkeitsverhältnis; seine Tätigkeit galt nicht dem Fabrikbetrieb der Beklagten, sondern er hat den Unfall in Ausübung seines Gewerbes als Maurer erlitten. Auch die Verantwortlichkeit der Beklagten sowohl nach dem Reichshaftpflichtgesetz, als nach den §§ 823, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ohne Rechtsirrtum bejaht worden. Es hat hier offensichtlich an der nötigen Kontrolle und Instruktion gefehlt.

## Aus aller Welt.

### Militaristische Ausschreitungen in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die Vorgänge der letzten Tage haben mit einem Schlage das allgemeine Interesse auf die Beziehungen zwischen dem Offizierskorps und der Gesellschaft gerichtet. Infolge ständiger Konflikte zwischen den Offizieren und den Studierenden der Militärmedizinischen Akademie, denen ein Allerhöchster Befehl das Salutieren vor allen Offizierschergen anbefahl, ist es in der letzten Zeit zu blutigen Mißhandlungen der Studenten durch die Offiziere gekommen, die schließlich zu einem Protest der Studenten, zur Schließung der Militärmedizinischen Akademie und zu eintägigen Sympathiestreiks auf zahlreichen Hochschulen geführt haben.

Es wäre verfehlt, die Vorgänge isoliert zu betrachten. Hier handelt es sich weniger um den Protest dieser oder jener Schicht der Studierenden, als um das spontane Aufbäumen der öffentlichen Meinung gegen die unerträglichen Ausschreitungen der Offizierschergen, die in den letzten Jahren immer ärgere Formen angenommen haben. Im Bewußtsein ihrer völligen Straflosigkeit begeben die uniformierten Kaufbolde aus dem russischen Offizierskorps täglich die würdevollsten Mißhandlungen gegen die Zivilbevölkerung, und die Regierung fördert bewußt diese Ausschreitungen, um die Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Offizierskorps immer mehr zu vertiefen. Mit welcher ungläublichen Aerogang die Offiziere auf das Bürgerpud herabsehen, zeigt beispielsweise ein Buch von Kulschitzky „Ratschläge an den jungen Offizier“, das den Absolventen der Offizierschulen als Leitfaden empfohlen wird, für den Fall von Zusammenstößen mit der Zivilbevölkerung: „Stred den Kerl auf der Stelle zu Boden, und unbedingt mit einem Schläge. Zünde den Lebenden, denn der Tote ist auch vor Gericht unschuldig. Ein Verwundener oder ein Krüppel ist eine Last, den man insolge Beschlusses der Experten und des Gerichts als arbeitsunfähig sein Verhalten unterhalten muß.“ Bei einem Mord jedoch, den der Offizier zum Schutz seiner beleidigten Ehre begangen habe, komme er leichter davon. In der Praxis wurden bisher alle ähnlichen Angelegenheiten vom Kriegsgericht oder noch früher von der vorgesetzten Behörde der Gnade des Monarchen überwiesen, und die Strafe wurde entweder völlig aufgehoben oder bedeutend gemildert.“ Diese kurzen Auszüge aus den offiziellen Ratschlägen an die jungen Offiziere genügen zur Kennzeichnung des Geistes, den die Regierung vollkommen bewußt in die Reihen des Offizierskorps hineinträgt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Maßnahmen der Regierung in einem gewissen Sinne Erfolg gehabt haben. Die militärischen

Kräfte des Landes selbständigen sich immer mehr, d. h. die höheren und niederen Befehlshaber in der Armee treten immer selbstbewußter auf und vertiefen nicht nur die Kluft zwischen dem Offizierskorps und der Bevölkerung, sondern schären auch durch ihre Gewaltthätigkeit, durch ihren Absolutismus in der Armee den schwebelnden Haß des gemeinen Mannes zum Offizier immer höher an. Aber trotzdem scheint die Zahl der Offiziere in der Armee zuzunehmen, die in den heutigen militärischen Ausschreitungen Anzeichen einer gefährlichen Entwicklung sehen. In dieser Beziehung haben die letzten Vorgänge in der Militärmedizinischen Akademie recht wertvolle Beiträge geliefert. Sah sich doch selbst die offiziöse „Kossija“ zu dem Geständnis gezwungen, daß auch die Offiziere mit der Brutalisierung der Studenten unzufrieden seien. Und die Abfindung einer von sieben Offizieren unterschriebenen Sympathieerklärung für den Studenten Karlowin an die Redaktion des sozialdemokratischen Arbeiterblattes „Lutsk“ (den die Redaktion aus begrifflichen Gründen nicht veröffentlichte) stellte die Oeffentlichkeit vor die verblüffende Tatsache, daß der sozialdemokratische Basillus selbst in die Reihen des gehässigten russischen Offizierskorps Eingang gefunden hat.

### Volksnahrung.

Unserem herrlichen Wirtschaftssystem sind im Solinger Bezirk zahlreiche Arbeiterfamilien zum Opfer gefallen. Nach dem Genuß von Fleisch, das von einem notgeschlachteten Pferde stammt, erkrankten in Solingen und mehreren umliegenden Ortschaften über hundert Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen. Ein Fabrikarbeiter aus Gräfrath ist sofort nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben, mehrere Erkrankte befinden sich noch in Lebensgefahr. In Solingen selbst liegen etwa 50 Erkrankte danieder, die übrigen Vergiftungsfälle verteilen sich auf die Ortschaften Nöfheid, Gräfrath, Wald und Dhlitz.

Der Landwirtschaft muß geholfen werden! Das ist die stereotypische Phrase der ministeriellen Sachwalter des Agrarierturns. Um der „Landwirtschaft“, das heißt einigen tausend Großagrariern, zu helfen, werden die Grenzen gegen die Vieheinfuhr abgsperrt, so daß der einheimische Arbeiter in immer höherem Maße Pferdefleisch — zumeist alte abgeraderte Gaulen — genießt. Die hundert Opfer im Solinger Bezirk illustrieren mit ihrem vergifteten Körper, wie glänzend sich das agrarische Regime demährt. Ist eine aufreizendere Tatsache denkbar, als die, daß arme Arbeiter, um nur den notwendigen Fleischgenuß zu haben, zum Genuß von Pferdefleisch greifen müssen? Doch noch brutaler wirkt die Vergiftungsaffäre, wenn man daran denkt, wie die agrarischen Redner in den Parlamenten sich besorgt zeigen, die deutschen Arbeiter vor dem Genuß ausländischen Rind- und Schweinefleisches zu bewahren mit der Begründung, daß das Vieh vielfach krank und gesundheits-schädlich sei. Lieber mag der Arbeiter am franten inländischen Pferdefleisch verrotten, ehe er in den Genuß ausländischen Fleisches kommt!

### Wetten Sie? — Yes!

Im Fremdenalon eines fashionableen New Yorker Hauses der Foulenger — irrtümlich Palasthotel genannt — sitzen auf weichen Fauteuils zwei smarte Gentleman — ein älterer und ein jüngerer — und gähnen. . . . Das Leben wird einem bitter langweilig, wenn die einzige Beschäftigung in ständigem Schwermüchtum besteht. Da fragt der ältere Mister den jüngeren: „Wissen Sie nicht, lieber Gentleman, wieviel die Uhr ist?“ „Yes! — antwortet der Befragte — wollen wir aber wetten!“ In der Welt der oberen paar Tausend wird bei jeder Gelegenheit gewettet. Mütter wetten mit Kindern, alles wetten, nur nicht Säuglinge mit ihren Ammen. Ein smarter Gentleman wettet zweimal stündlich und macht hierin im Laufe des Tages horrende Umsätze. Es wird nun auf 10 Dollar gewettet, ob die Uhr nach oder vor soviel und soviel ist, und der Jüngere gewinnt. Da betritt den Saal eine überaus elegante und hübsche junge Dame. Mit leichtem Blick streift sie die Gentleman und vertieft sich in ein illustriertes Sportblatt. Die beiden Herren zwinkern einander zu: die ist aber vertieft schon! Da sagt der jüngere: „Wetten?“ „Yes! — sagt der andere — auf 100 Dollar! Aber was soll es denn sein?“ — „No! — sagt der jüngere — auf 200 Dollar! Nach 30 Minuten ist diese Dame in mich verliebt und nach 60 Minuten ist sie meine offizielle Braut!“ — „Good by! 200 Dollar!“ Und entläßt von diesen originellen Unternehmungen verläßt der ältere Mister schleunigst den Saal. — Nach 20<sup>10</sup> Minuten kehrt er zurück. . . . und greift in die Tasche, um die Wette zu bezahlen: der junge smarte Gentleman kommt ihm mit der jungen Miß entgegen und stellt sie ihm als seine Braut vor. In den nächsten 20 Minuten fallen Braut und Bräutigam verschiedene Telegramme an Eltern, Großeltern und Tanten über das glückliche Ereignis ab, besteigen dann ein Auto, in das ihnen die Hotelbedienten in aller Eile ihre Koffer gebracht, und dampfen ab — in ein anderes Palasthotel, wo sie zum gten Male denselben Trick wieder durchführen. . . .

### Kleine Notizen.

Raubmord an einem Landwirt. In dem braunschweigischen Dorfe Regenborn ist in der Nacht zum Dienstag der Landwirt Heinrich Eilers ermordet und beraubt worden. Die Täter — scheinbar zwei Personen — haben ihr Opfer erdürgt und sind unerkannt entkommen.

Der Schutzmännerevolver. In dem Kölner Vorort Braunsfeld erschien in der Nacht zum Dienstag ein Schutzmänn in der Rothweide den vielfach verbestrauten und als gewalttätigen Pflanzfellen bekannten Tagelöhner Peter Schmitz. Schmitz hatte mit einem Gewehr einen Arbeiter aufgelauret, um ihn zu erschießen. Der Schutzmänn hatte ihm das Gewehr abgenommen, worauf Schmitz den Schutzmänn zu Boden warf und mißhandelte.

Wieder verschwunden. Der Bürgermeister der Stadt Ujedom namens Troemel, der, wie erinnerlich, bereits vor längerer Zeit spurlos verschwunden war, dann aber von Paris nach Weidom zurückkehrte, wo er nach Einleitung eines Verfahrens wieder ins Amt eingesetzt wurde, wird seit Freitag vergangener Woche wieder vermißt. Am genannten Tage nahm er noch in Swinermünde an der Sitzung des Kreisrates teil und fuhr von dort nach Berlin. Seitdem ist er nicht wieder zurückgekehrt und hat auch keine Nachricht gegeben. Der Magistrat von Ujedom hat nunmehr der Kreisbehörde in Swinermünde von dem unaufgeklärten Fernbleiben des Bürgermeisters Mitteilung gemacht.

Arbeit für den Radfahrer. Am Dienstag früh wurde im Hofe des neuen Justizgebäudes in Hanau der Fabrikarbeiter Koch aus Bergen hingerichtet, der am Pfingstdienstag des vergangenen Jahres im Frankfurter Stadtwalde seine Tochter ermordet hatte.

Ein englischer Postdampfer in Genoa. Wie aus Langer gemeldet wird, ist der englische Postdampfer „Agadir“, der den Dienst zwischen England, den marokkanischen Küsten und den Kanarischen Inseln versieht, mit 150 Reisenden bei Magasan gestrandet und befindet sich in einer schwierigen Lage. Der französische Kreuzer „Arctant“ ist zur Hilfeleistung abgegangen. Automobilunglück. Ein mit Ausflüglern besetzter Kraftwagen rannte bei Luensdorf (Rheinland) gegen ein Baum und wurde zertrümmert. Die vier Insassen wurden schwer verletzt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714

Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Boche, Baumshulenweg, Baumshulenstr. 67:

## Mitglieder-Versammlung für Baumshulenweg.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Berichtsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:

## Gemeinsame Versammlung der in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Metallarbeiter aller Branchen

(Schlosser, Schmiede, Dreher, Rohrleger, Klempner, Elektromonteur und deren Hilfsarbeiter).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Sieving über: „Koalitionsrecht und Arbeitswilligensgesetz“.
2. Bericht der Agitationskommission.

Das vollständige und pünktliche Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.

Lehrplan für das 2. Quartal 1913.

Donnerstag: **Geschichte.** (Die deutsche Politik im Zeitalter Wilhelms II.)

Kurzer Rückblick auf die deutsche Geschichte von 1871 bis 1888. — Alter Kurs und neuer Kurs. Der Fall des Sozialistengesetzes. — Die Aera Caprivi. Zollkämpfe. — Umsturzvorlage, Septemberkurs und Zuchtbaugesetz. — Die Aera Hohenlohe. — Bülow und das Einlenken in die „Weltpolitik“. — Die Zolltarifkämpfe von 1902. — Die Wandlungen im Zentrum und im Liberalismus. — Die Blockpolitik und das Ende der Aera Bülow. — Die Kämpfe um das preußische Wahlrecht. — Der Imperialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Wichtige Probleme und neuere Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung.)

Geschichtliche Einführung. — Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht. — Entwicklung, Wesen und Wirkung der Kartelle und Unternehmerverbände. — Konzentrationsbestrebungen der freien Gewerkschaften. — Neuere Taktik bei unseren Lohnkämpfen. — Die gegnerischen Gewerkschaften. — Der Syndikalismus. — Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonntag: **Die politischen Parteien Deutschlands.**

Begriff der Partei. — Parteien und Klassen. — Die ökonomischen Grundlagen der Parteibildung und Parteienentwicklung. — Die Geschichte der konservativen Parteien. — Das Wesen des Liberalismus. — Die Geschichte des deutschen Liberalismus bis zur Gründung der nationalliberalen Partei. — Die Nationalliberalen. — Die linksliberalen Gruppen. — Der konfessionelle Charakter des Zentrums. — Innere Entwicklung des Zentrums. — Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Einführung in Marx' „Kapital“.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft. — Marx' Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie. — Die Geschichte des Werkes „Das Kapital“. — Die Methode und das System des „Kapital“ und seine Grundbegriffe. — Der ökonomische Marxismus und die bürgerliche Nationalökonomie. — Der ökonomische Marxismus und seine Fortbildung.

Vortragender: Max Grünwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mit mündlichen und schriftlichen Übungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Hilfsmittel der öffentlichen Tätigkeit: die Registratur, die Handbibliothek, das Vereins- und Versammlungswesen, die Geschäftsordnung und anderes. — Praktische Übungen.

Vortragender: Max Grünwald.

Montag: **Preussische Zustände** (5 Vorträge).

Die Einnahmequellen des preussischen Staates. — Die Steuern, direkte und indirekte. — Die Staatseisenbahnen; Lage der Beamten und Arbeiter. — Forsten, Domänen und staatliche Bergwerke. — Fiskus und Kohlsyndikat.

Aus der Verwaltung des preussischen Staates. — Polizei und Landräte. — Landwirtschaft. — Öffentliche Arbeiten. — Rechtspflege.

Kulturaufgaben des preussischen Staates. — Die Schule in Preußen. — Handel und Gewerbe; Mittelstandsfragen. — Die preussische Polenpolitik.

Vortragender: Julian Borchardt.

Für diesen Kursus wird ein Schulgeld von nur 50 Pf. erhoben.

### Beginn des Unterrichts

Donnerstag, den 3. April: **Geschichte.**

Freitag, den 4. April: **Gewerkschaftswesen.**

Sonntag, den 5. April: **Die politischen Parteien Deutschlands.**

Sonntag, den 6. April: **Nationalökonomie (9 Uhr) und Rednerschule (11 1/2 Uhr).**

Montag, den 7. April: **Preussische Zustände.**

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagvormittage. Abends Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntag vormittags Beginn 9 Uhr resp. 11 1/2 Uhr; Schluß 10 1/2 resp. 1 Uhr.

Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark. Es ist spätestens in der zweiten Unterrichtsstunde zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenstraße 6; **Horsch**, Engelauer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lamme**, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I., Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu richten. **Der Vorstand.**

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9

Hersprecher Amt Npl. Nr. 4787. Hersprecher: Amt Norden 6708

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Lohnbewegung.
2. Weitere Maßnahmen.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann, da sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Kamm-, Haarschmuck-, Kragenstäbchen-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 3. April 1913, abends pünktlich 8 Uhr, bei Werfmann Nachf., Andreasstraße 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.

### Möbelpolierer!

Donnerstag, den 3. April 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Verbinden, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tarifverhandlung und welche Lehre ziehen wir daraus.
2. Diskussion.
3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.

An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

### Sargtischler

abends 8 Uhr bei Werfmann, Große Franzfurter Straße 16. Die Ortsverwaltung.

## Tod u. Teufel

### Reichel's Wanzen-Schwaben-

Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle und ist absolut nicht bedenklich. 50 Pf. 1., 2., 3., Liter 5 Mk. Sprühsapparate 50 u. 150.

Spezialpulver „Poudre Martial“, unsichtbar sicher zur Schwaben-Ausrottung. 50 Pf. 1., 2., 3., Liter 5 Mk. Verstäuber 50 u. 75 Pf.

Totale restlose Vernichtung der Brut.

Reichel's Motten-Spezialpulver, unvergänglich. Stein Seifenpulver 50 Pf. 1., 2., 3., Liter 5 Mk. Vertilgungssensenz, wahrlichend. Stein Seife, Glasche 75 Pf. 1, 50, und 2, 50

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke u. übermächtiger Wirkungskraft.

Zur Garantie: Mankaufe in den Drogerien nur Original-Packungen, die einzig echt mit Marke Tod und Teufel sind.

Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.** Fernspr. Mpl. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

Für Erwachsene ist KufeKe

in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die beste geeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte

Krankenkost.

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

# Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Kutscher und verwandten Berufsgenossen

(E. G. N. 82) zu Berlin.

Allen Kassennmitgliedern zur Nachricht, daß eine außerordentliche

## General-Versammlung

am Mittwoch, den 7. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr,

im Restaurant August Urban, hier, Stralauer Brücke 2a

hauhinbei, wozu sämtliche Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Auflösung der Kasse.
2. Diskussion.

Der Kassen-Vorstand. J. N. 2225

Paul Bormann, Rentant, Köpenicker Weg 3.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Räderstr. 9

Herspr.: Amt Nordpl. 4787. Herspr.: Amt Norden 6708

## Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Die Aussperrung im Malerberuf.
2. Die Erhebung eines Extrabeitrages.
3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Sektionsleitung.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. M. Gahisch, Uckerstr. 174.

W. G. Schmidt, Kirchbuckstr. 14.

O. R. Gabelbusch, Weierburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82. H. Wengels, Gr. Franzfurter Str. 120.

NO. E. Jucht, Sannahausstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.

N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. G. Fischer, Ballianstr. 6.

Karl Marx, Griebenauer Str. 22. J. Gähisch, Müllerstr. 34a.

G. Vogel, Lortzingstr. 37. M. Tieg, Invalidenstr. 124.

Z. Dechant, Kuebelplatz 24.

NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.

SW. G. Werner, Gensienaustr. 72. Dahn, Hagenberger Str. 27.

S. St. Fritz, Pringstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.

SO. Paul Böhm, Langhager Platz 14/15. V. Horich, Engelauer 15.

Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 50.

Baumshulenweg, G. Hornig, Kottbuser Platz 13, I.

Borsigwalde, Paul Kienast, Kottbuser Platz 10.

Charlottenburg, Gustav Schwarberg, Eisenheimer Str. 1.

Friedrichshagen, Ernst Werfmann, Köpenicker Str. 18.

Grünau, Franz Klein, Reichstr. 10.

Johannisthal, Max Genscher, Carstr. 6.

Karlshorst, Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.

Köpenick, Emil Wihler, Köpenicker Str. 6, Laden.

Lichtenberg, Otto Seifert, Bartenberger Str. 1.

Nieder-Schöneweide, Wilh. Hursch, Weidenstr. 10.

Nowawes, Wilhelm Jappe, Luthstr. 2.

Ober-Schöneweide, Alfred Sader, Wilhelmminenhofstr. 17, Laden.

Pankow, Otto Rihmann, Köpenicker Str. 30.

Reinickendorf, V. Gursch, Brodowitzer Str. 56, Laden.

Neukölln, W. Genscher, Köpenicker Str. 2. Conrad, Hermannstr. 50.

G. Rohr, Steglitzer Str. 29/29.

Rummelsburg, H. Rosenkrantz, Alt-Fogelstr. 56.

Schöneberg, Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.

Spandau, Köppen, Berlinstr. 64.

Steglitz, G. Bernice, Wittenstr. 5.

Tempelhof, Joh. Krohn, Dorffstr. 62.

Treptow, Robert Gramenz, Kiebolzstr. 412, Laden.

Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 103. Schiller, Berliner Allee 253.

Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

# Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc. Damen-Kostümsstoffe, Damenuche „Neuheiten“ Mtr. 2.-, 3.-, 4.- M. etc. Loden f. Pelermine Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25.-, 30.- M. etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE

RE



Zum Kampfe um die Jugend!

An die Arbeitereltern!

Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen fällt es dem Arbeiter außerordentlich schwer, sich und seiner Familie eine auskömmliche Existenz zu verschaffen.

Die Kinder der besser situierten Schichten haben es besser, unbekümmert können sie ihrem kindlichen Spiel, ihrem unschuldigen Vergnügen nachgehen; zärtlich gebegt und gepflegt dürfen sie sich entfalten und entwickeln.

Und die Proletariatskinder? Verrauscht ist der kurze und meist bittere Kindertraum; die ernste, harte Wirklichkeit des Lebens tritt an sie heran.

Wie gern hätten doch auch unsere Arbeitereltern etwas getan für ihre Kinder, hätten ihnen das Licht der Kindheit gebracht, hätten ihnen für das Leben etwas mehr mitgegeben als die dürftigen Früchte des Schulunterrichts.

Und wie herrschend die Klassen sind, so herrschend auch die Klassen sind in der Erziehung. Die Mittel fehlen, um sie zur Entfaltung, zur Anerkennung zu bringen!

Darum muß es allen Arbeitereltern eine ernste Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß unsere Jugend zu aufgeklärten, willenskräftigen Menschen erzogen wird.

Die bürgerliche und staatliche Jugendpflege verfolgt im Grunde genommen keinen anderen Zweck, als die Jugend für das Soldatenleben vorzubereiten und zu konigstreuem, blindgehörigen Rekruten zu erziehen.

Darum, Arbeitereltern, gebt acht! Es gilt, den gegnerischen Bemühungen einen festen Damm entgegenzusetzen! Die proletarische Jugendbewegung allein, so stark und gefestigt sie auch ist, so sehr sie auch getragen wird von den Idealen einer aufstrebenden und ringenden Klasse, reicht nicht aus, um diesen festen Damm zu bilden.

Die freie Jugendbewegung ist unablässig bemüht, die Jugend für den Kampf ums Dasein mit dem notwendigsten geistigen Rüstzeug zu versehen; in der freien Jugendbewegung wird der gesunde Sport in einwandfreier und vernünftiger Weise gepflegt;

Darum, Arbeitereltern! Unterstützt jederzeit tatkräftig die Bestrebungen der freien Jugendbewegung und tragt dazu bei, daß die eifrigen Bemühungen der herrschenden Klassen, Euch Eure Jugend abspenstig zu machen, zu schanden werden, daß die arbeitende Jugend sich vollzählig dort zusammenschließt, wo sie hingehört; in der freien Jugendbewegung.

Abgeordnetenhaus.

154. Sitzung, Dienstag, den 1. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Schorlemer.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwis begrüßt die Abgeordneten nach der Osterpause. Er gedenkt der Ermordung des Königs Georg

von Griechenland (die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen) und teilt mit, daß er im Namen des Hauses an den neuen König Konstantin ein Beileidetelegramm gerichtet habe.

Hierauf ehrt das Haus das Andenken des verstorbenen Abg. K. Lode (3.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz betr. die Vereinstellung von Staatsmitteln zur

Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Das Gesetz ist bei der Interpellation über die Fleischsteuerung durch den Herrn Ministerpräsidenten angekündigt worden. Es handelt sich bei der Vorlage vor allem um die Förderung der heimischen Viehproduktion und Fleischherzeugung und daneben um die Förderung der inneren Kolonisation.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

grundbesitzes zur Folge hat. Heute ist bekanntlich das Gegenteil der Fall. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kolonisiert lediglich, um Arbeiter zu haben, die zu dem Nachbar auf Arbeit gehen, wie Herr Kretsch auf einer Konferenz über die innere Kolonisation im Juni 1900 ausdrücklich gesagt hat.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der An siedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalhermögen.

Aus der Partei.

Ein Genosse.

Aus Paris wird und geschrieben: Vor einigen Tagen ist hier ein Mann verhaftet worden, der in der russischen Revolution vorübergehend eine große Rolle gespielt hat.













